

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Freitag

15. Oktober 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Der Hohenzollernvergleich im Landtag

Heute die dritte Lesung.

Der Landtag tagt noch. Es ist aber nicht daran zu zweifeln, daß der Hohenzollernvergleich noch heute, entsprechend dem Willen der großen Mehrheit des Hauses seine Erledigung finden wird. Der Staat wird aus der irrtümlichen Vermögensmasse seinen Anteil erhalten, die Hohenzollern werden aber aus diesem Vergleich als eine der reichsten Familien Deutschlands hervorgehen. Daß dieses Ergebnis tief unbefriedigend ist, versteht sich von selbst. Es ist aber die Folge von Fehlern, mit denen nicht erst gestern begonnen worden ist.

Die Volksbeauftragten glaubten seinerzeit die ungeheure schwierige Aufgabe, die sie zu lösen hatten, nicht dadurch belasten zu dürfen, daß sie die Frage der privaten Eigentumsrechte der entthronten Fürstfamilien mit in die Debatte warfen. Sie glaubten damals wohl auch, daß es nicht nötig sein werde, diese Frage aus dem Gesamtkomplex der Frage, wie die großen Privatvermögen überhaupt zu behandeln seien, herauszunehmen. So schleppte sich die Angelegenheit jahrelang hin, der preussische Staat sah sich in seinem Streit mit den Hohenzollern auf den Weg der ordentlichen Gerichte verwiesen, auf dem er nichts fand als verlorene Prozesse und enorme Gerichtskosten. So unternahm er wiederholt durch Vergleichsverträge seine „Flucht vor dem preussischen Richter“.

Der vorletzte dieser Versuche löste die große Volksbewegung aus, die in dem Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten mündete. Heute darf und muß gesagt werden, daß dieser Volksentscheid kein praktisches Mittel war, um eine wirkliche Lösung herbeizuführen. Das wußten die Kommunisten wahrheitlich ebensogut wie wir. Sie stellten die Forderung der entschädigungslosen Enteignung ja nur auf, weil sie glaubten, der Sozialdemokratie mit ihr ein Bein stellen und jahrelang Agitation gegen sie treiben zu können.

Die Kommunisten waren wohl nicht wenig erschrocken, als die Sozialdemokratie auf ihre Forderung einging. Die Sozialdemokratie nahm die Bewegung in die Hand und führte sie mit allen Kräften bis zu dem bestmöglichen Erfolg. Statt des Haders zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, den die Kommunisten eigentlich haben wollten, erlebte man nun eine gewaltige Demonstration für Republik und für soziale Gerechtigkeit. Das ist der bleibende Erfolg der von der Sozialdemokratie geführten Volksentscheidbewegung. Für die praktische Lösung der Frage war aber damit nichts erreicht.

Es kam dann der Versuch, das Problem im Reichstag zur Lösung zu bringen. Die Sozialdemokraten waren bereit, herauszuholen, was herauszuholen war, wenn auch hier von einer entschädigungslosen Enteignung der Fürsten — die Zweidrittelmehrheit erforderte, während es für sie nicht einmal eine einfache Mehrheit gab — nicht die Rede sein konnte. Das angestrebte Kompromiß scheiterte aber daran, daß die bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie nicht weit genug entgegenkamen, und man stand wieder vor dem Nichts.

So hätten nach dem Ablauf der Sperrfrist wieder die ganz aussichtslosen Prozesse vor den preussischen Gerichten beginnen können, und das Ergebnis wäre gewesen, daß der Staat nicht einmal das für sich gerettet hätte, was er jetzt für sich gerettet hat. Es ist also zu verstehen, daß der preussische Staat das Angebot der Hohenzollern, einen Vergleich zu schließen, nicht ablehnte, sondern daß er darüber verhandelte. Bei den Verhandlungen war die Stellung der Hohenzollern ziemlich stark — dank der Fehler, die früher begangen worden waren. Hätten die Kommunisten nicht auf der demonstrativen, aber praktisch aussichtslosen Formel der „entschädigungslosen Enteignung“ bestanden, so hätten wir wahrscheinlich heute längst eine gegen verhältnismäßig geringe Entschädigung vorgenommene Enteignung durch einen erfolgreichen Volksentscheid. Und wären die bürgerlichen Parteien den Sozialdemokraten im Reichstag mehr entgegengekommen, dann hätten zwar die Hohenzollern immer noch viel zu viel bekommen, aber doch weniger als sie jetzt einstecken können.

Es ist also nichts als ein grober agitatorischer Schwindel, wenn man jetzt die Sozialdemokratie für das unbefriedigende Ergebnis, dem sie bekanntlich gar nicht zustimmt, verantwortlich machen will.

Dieses unbefriedigende Ergebnis ist mit dem heutigen Tage Tatsache geworden. Man wird sich nicht mit ihm zufrieden geben, sondern vielmehr sehen müssen, wie man auf anderen Wegen weiterkommt. Noch bleibt die Reichsgesetzgebung letzter entscheidender Faktor. Sie steht vor der Tatsache, daß wenige Familien, einstmals gekrönt und auch ungekrönt, adlige und bürgerliche, ungeheure Vermögen, namentlich an Latifundien besitzen, während die Masse des Volkes bittere Not leidet. Die Sozialdemokratie kämpft als sozialistische Partei für die Ueberführung dieser Vermögen in den Besitz der Allgemeinheit, sie fordert, solange dieses Ziel nicht zu erreichen ist, scharfe steuerliche Belastung dieses Mammutbesitzes durch progressive Vermögenssteuern, sie verlangt in einem längst gestellten Reichstagsantrag die Enteignung des Großgrundbesitzes über 750 Hektar zu Zwecken der Kolonisierung.

Es gilt also nicht, sich mit den gegebenen Tatsachen abzufinden, sondern im weitesten Rahmen den Kampf gegen sie aufzunehmen. Dieser Kampf kann nicht von den Kommunisten geführt werden, die ja nur den Kampf gegen die Sozialdemokratie kennen, den sie mit allen Mitteln einer verlogenen Hege betreiben, sondern nur von der Sozialdemokratie. Kein denkender Arbeiter — mag er auch über den faulen Vergleich mit den Hohenzollern mit Recht noch so erbittert sein — wird auf den kommunistischen Agitationsleim kriechen und für den auch uns in keiner Weise befriedigenden Ausgang bei der Sozialdemokratie die Schuld suchen. Sie liegt, wie wir gesagt haben, ganz wo anders, besonders auch bei den Kommunisten selbst. Ihre nur auf Agitation und Demonstration gerichtete alle politischen Ergebnisse außer acht lassende Politik hat letzten Endes für die Hohenzollern einen erheblichen Gewinn bedeutet. Denn sie hat der Volksentscheidbewegung ein unerreichbares Ziel gesetzt und diese Bewegung selbst durch ihre plumpen Methoden geschädigt und discreditiert. Jetzt gilt es, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und auf praktischen Wegen praktischen Erfolgen zuzusteuern. Es gilt die Arbeit und den Kampf, nicht die Prügelei und den Skandal!

Bei Beginn der heutigen, um 10 Uhr beginnenden Landtagssitzung, ist das Haus gut, die Tribünen nur schwach besetzt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begründet Abg. Pies (Komm.) einen kommunistischen Antrag, daß der Landtag aufs schärfste die vom Präsidium für die heutige Sitzung getroffenen polizeilichen Maßnahmen mißbillige.

Präsident Bartels erklärt dazu, daß er es mit dem Abg. Pies für beschämend halte, daß Polizei zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Landtag nötig sei. Er habe aber diese Maßnahmen nicht wegen irgendwelcher Sensationsnachrichten, sondern wegen des Verhaltens von Mitgliedern des Hauses treffen müssen. (Großer Lärm b. d. Komm. — Beifolge Zustimmung rechts und in der Mitte.) Nach weiterer Geschäftsordnungsdebatte beginnt die dritte Lesung der Hohenzollernvorlage.

Die Kommunisten stellen folgende Anträge, die Redezeit zu verlängern. Diese werden abgelehnt. Dann beginnt die allgemeine Besprechung.

Abg. Grube (Komm.): Die Sozialdemokratie folge der Parole Stresemanns: sie zerlege die Einheitsfront des Proletariats. Die Kommunisten würden nicht eher ruhen, bis dieses Verbrechen am werktätigen Volke geführt und eine Arbeiter- und Bauernregierung in Deutschland errichtet sei. Abg. Pies beantragt, die Rede des Abg. Grube durch Säulenanschlag bekanntzumachen (Stürmische Heiterkeit).

Abg. Wulle (Döf.) verliest eine Erklärung, in der er protestiert „gegen alle Beraubungsversuche der ehemals regierenden Häuser“ (?)

Abg. Kusche (Dem.) verteidigt dann in dreiviertelstündiger Rede den Vergleich, der nur die Folge davon sei, daß der absolut unsinnig formulierte Volksentscheid keine Mehrheit fand.

Nach einer Erklärung des Polen Baczewski sollen die Abstimmungen beginnen.

Die Sitzung geht weiter.

Berlins neuer Polizeipräsident.

Einführung ins Amt.

Im Großen Empfangsalon des Polizeipräsidents am Alexanderplatz wurde heute der neue Polizeipräsident von Berlin Jörgiebel aus Köln feierlich eingeführt.

Der Minister des Innern Grzesinski hielt eine Rede, in der er sich eingehend über die Hauptaufgaben der Polizei und über die Frage der zukünftigen Polizeistunde verbreitete.

Der Minister schloß seine Rede mit einem persönlichen Appell an den neuen Polizeipräsidenten, sein Amt im Sinne der Befehle, im sozialen Geist, im Interesse und zum Wohl des heutigen Staates zu führen und in dem Bewußtsein, daß er als Polizeipräsident von Berlin besonders schwere Aufgaben zu erfüllen habe, die er aber gewiß auch erfüllen könne. Mit einem Händedruck und dem Juruf „Glück auf zur Arbeit!“ führte er ihn in sein neues Amt ein.

Darauf ergriff als rangältester Beamter der Behörde Polizeipräsident Dr. Friedensburg für die Gesamtheit der Beamten, der Angestellten und Arbeiter das Wort zu einem warmen herzlichen Willkommensgruß für den neuen Leiter der Behörde.

Nach diesen einführenden Worten des Ministers und des Vizepolizeipräsidenten dankte der neue Chef der Berliner Polizeibehörde, Jörgiebel, den beiden Herren für die freundlichen und lebenswürdigen Worte. Dem Staatsministerium versicherte er, daß er mit ganzer Kraft und mit seinem ganzen Willen und Können sich dafür einsetzen werde, das in ihn gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen.

Nach diesem feierlichen Akt wurden dem neuen Präsidenten eine große Anzahl von Beamten des Polizeipräsidents und der Schutzpolizei vorgestellt.

Verhaftung katholischer Geistlicher in Merito. Der Erzbischof von Puebla und eine Reihe anderer katholischer Geistlicher sind verhaftet worden. Die Verhafteten werden des Hochverrats beschuldigt.

Münchener Ergebnis.

Ein Unschuldiger — aber ein schuldiges System.

Von Curt Geyer.

Am Ende der Zeugenvernehmung vor dem Femeunterforschungsausschuß des Reichstages in München hat Genosse Reichstagsabgeordneter Paul Levi folgende Erklärung abgegeben:

„Aus den Akten war bei mir der Eindruck entstanden, als ob der Schritt des Gademann bei den Staatsanwälten in Augsburg, der die Entlastung und schließlich Aufhebung der Verfolgung von des Nordes an Hartung verdächtigten Personen voranting, auf die Initiative des jetzigen Justizministers und damaligen Landgerichtsrats Gärtners zurückgehe. Nach dem Ergebnis der in München stattgefundenen Beweisaufnahme sehe ich nicht an, zu erklären, daß dieser Eindruck sich nicht aufrechterhalten läßt, Herr Gärtners vielmehr lediglich im Auftrag des Justizministers einen Vortrag der Staatsanwaltschaft entgegengenommen und dem Justizminister weitergegeben hat.“

Dieser Erklärung des Genossen Levi schließen wir uns an.

Die Rechtfertigung des jetzigen bayerischen Justizministers Dr. Gärtners ist nicht identisch mit der Rechtfertigung des Systems Kahr in Bayern. Die Intervention Gademann, an die der Verdacht des Genossen Levi anknüpfte, beleuchtet hell die Zustände in Bayern unter dem System Kahr. Sie zeigt die Einwohnerwehr als herrschende Macht — trotz der Verfassung und gegen die Verfassung. Diese Macht verstand, ihren Willen auch in der Justiz durchzusetzen. Sie hat die Justiz in der Verfolgung des Hartung-Nordes gehemmt.

Das ist das Ergebnis der Beweisaufnahme über die Mission Gademann: Gademann, der Abgesandte der Einwohnerwehr, ging zum Justizminister Roth, um auf die Verbindung des Hartung-Nordes mit Waffeninteressen der Einwohnerwehr hinzuweisen. Roth vermittelte Gademann an seinen Referenten Stauffer. Der wieder sagt: man müßte die Staatsanwälte hier haben, oder, wie Gademann ausfragt, direkt: „Bringen Sie mir die Staatsanwälte!“ Gademann fährt nach Augsburg. Der erste Staatsanwalt Kraus erfährt, daß Haftbefehle gegen Einwohnerwehrleute erlassen sind. Er überlegt: Haftbefehle gegen Einwohnerwehrleute — Einwohnerwehr regiert — Befehl nach München zu kommen. Er empfiehlt seinem Untergebenen Kriebel, die Haftbefehle zu suspendieren. Beim Vortrag vor Gärtners trägt Kraus vor, er habe die Suspendierung der Haftbefehle angeordnet. Gärtners nimmt den Bericht entgegen und gibt ihn an den Justizminister weiter. Kriebel aber fährt zur Polizeidirektion und nimmt die Haftbefehle zurück. Eine bisher musterhaft geführte Untersuchung gegen die Mörder, die vor der Ueberführung stehen, ist schwer gehemmt.

Das Ergebnis der Beweisaufnahme zeigt, daß die Einwohnerwehr verstanden hat, die Mörder aus ihren Reihen zu schützen. Es zeigt aber auch, daß ein hoher Justizbeamter sich vom Willen der Einwohnerwehr hat beeinflussen lassen. Der „Bayerische Kurier“, der die Behauptung aufstellt, es sei dem Ausschuß nicht gelungen, hemmende Einflüsse der Justizpolitik auf die Strafrechtspflege festzustellen, schreibt im selben Atemzuge:

„Der Fall des Oberstaatsanwalts Kraus und seine berühmte Autofahrt von Augsburg nach München ist allerdings noch außerhalb des erledigten Fragenkomplexes angeblühter „Hemmungen der Justiz“ zu würdigen. Man kann nicht umhin, zu sagen, daß dieser Staatsanwalt nicht auf der Höhe seiner Aufgabe gestanden ist und die Geschichte der bayerischen Staatsanwaltschaft um kein Ruhmesblatt bereichert hat.“

Der Oberstaatsanwalt Kraus hat am Ende der Münchener Unterredung einen Nervenzusammenbruch erlitten.

Soviel zur Intervention Gademann.

Der Untersuchungsausschuß hat in diese Intervention Licht gebracht, darüber hinaus aber in die Zustände überhaupt, die in Bayern unter dem Regime Kahr herrschten. Die Bemühungen der bayerischen Presse, das Ergebnis der Münchener Untersuchungen als durchaus negativ hinzustellen, sind abwegig. Man muß die Entschuldigungen des Ausschusses in ihrer Gesamtheit würdigen. Weit entfernt davon, die schweren Anklagen gegen das Regime Kahr und das Femeistystem der Einwohnerwehr als entkräftet anzusehen, hat der Ausschuß erklärt, daß er noch keine Stellung nehme zum Gesamtkomplex der Fragen, die untersucht wurden. Er hat sich seine Würdigung der Beweiserhebung, die noch nicht abgeschlossen ist, vorbehalten.

Die Aussagen der wichtigsten Zeugen waren deutlich genug:

Eschersch: „Die Morde sind ein großes Uebel, ein noch größeres aber wäre es, wenn bei der Untersuchung aufgedeckt würde, daß nationale Leute die Täter wären.“

Epp: „Nach seiner Meinung seien die Waffenverräter geschätzt worden. Er halte es aber für ein sittliches Recht, gegenüber den Verrätern vorzugehen. Von ihm und von den vaterländischen Kreisen wurde gebilligt, daß Selbsthilfe am Platze sei. Es sei hierbei kein Unterschied zu machen, wenn Waffen an die Entente oder linksradikale Kreise oder an die staatlichen Entwaffnungskommissare verraten

wären, weil im letzten Fall die Berräter doch nicht wählten, ob die Waffen dem Vaterlande erhalten blieben."

"In unseren Kreisen und in allen nationalen Kreisen nennt man die hier begangenen Taten nicht Mord, gewöhnlichen Mord, sondern, ich möchte sagen, eine Justifizierung aus vaterländischen Gründen, aus patriotischen Bestrebungen."

Entwaffnungskommissar Cassale: "Man hat es in den Kreisen der Einwohnerwehr als Genugtuung und Befriedigung empfunden, als die Tötung Gareis' bekannt wurde."

Es ist kein Gedanke daran, daß die Behauptungen über die in Bayern unter dem Terror der Einwohnerwehr herrschenden Zustände fallen gelassen worden wären. Die Würdigung der Beweisaufnahme wird zeigen, daß in hohem Maße die Charakterisierung zutrifft, die der bayerische Ministerpräsident Dr. Held über das Regime Kahr geprägt hat: daß Bayern unter diesem Regime zu einer Unordnungs- zelle ersten Ranges geworden ist.

Fallen gelassen worden ist durch den Genossen Levi lediglich eine bestimmte, den jetzigen Justizminister Gurriner beschuldigende Behauptung, die nach dem Gang der Beweisaufnahme nicht erweislich und nicht richtig war. Es ist eine seltsame Verkennung, daß die daneben zielende Behauptung und die Erregung, die sie hervorgerufen hat, das öffentliche Interesse auf die bayerischen Dunkelheiten gelenkt und zu ihrer Aufhellung beigetragen hat.

Diese Aufhellung wird kein Versuch der Veruschung, Versuch verhindern, kein Geschrei der Rechtspreffe, keine antisemitische Hege. Es muß daran erinnert werden, daß, als Genosse Levi sich bei der Durchprüfung des Aktenmaterials im Untersuchungsausschuß den für die Einwohnerwehr, für Escherich, Kahr, Böhrner, Roth belastenden Punkten näherte, eine infame Hege gegen ihn einsetzte, die sich über antisemitische Böbeleien und die Beschuldigung des Landesverrats bis zur offenen Aufforderung zum Mord steigerte. Nicht nur der Genosse Levi, sondern auch der Untersuchungsausschuß sollte terrorisiert und infamiert werden. An diese Hege hat ein Teil der bayerischen Regierungspreffe teilgenommen — bis in die letzten Tage hinein.

Hege und Terror aber werden die volle Aufdeckung der Wahrheit nicht verhindern. Es gibt nichts zu verteidigen am System des Heime-Bayern von 1921! Die Klugheit sollte der bayerischen Regierung gebieten, der Hege Einhalt zu tun, offen von dem Kahr-System abzurücken und für die Reinigung der Justiz und der Behörden von den Schuldigen dieses Systems zu sorgen.

Die Volkspartei ist beleidigt.

Die Verhandlungen um die große Koalition abgebrochen.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Preussischen Landtage, die gestern abend und heute morgen vertrauliche Sitzungen abgehalten hatte, gibt über das Ergebnis folgende Erklärung heraus:

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei sieht nach dem bisherigen Verhalten der Regierung und der Regierungsparteien die Verhandlungen über eine Erweiterung der Regierung als abgebrochen an.

Die Wege der Volkspartei in Preußen sind keltam. Erst war sie mit den jetzigen Regierungsparteien zusammen in der Regierung. Dann brach sie plötzlich aus, ohne daß ein Grund ersichtlich war, und bekämpfte die Politik, die sie selber mitgetrieben hatte, gemeinsam mit den Kommunisten und der äußersten Rechten. Dann jagte sich Herr Leidig bei Herrn Heß vom Zentrum zu einem Besuch an; er wurde aber dafür von Herrn v. Campe öffentlich gerüffelt. Hierauf erklärte die Volkspartei offiziell, daß sie in dem Regierungsverein wieder einzutreten wünsche. Die Regierungsparteien behandelten diesen Wunsch keineswegs ablehnend, aber sie wollten sich die Sache noch bis zum Wiederzusammentritt des

Landtags am 3. November überlegen. Nun wird die Volkspartei fuchsteufelwild und erklärt die Verhandlungen für abgebrochen.

Aus alledem darf geschlossen werden, daß die Führung der Volkspartei im Preussischen Landtag viel zu wünschen übrig läßt. Man hat manchmal, offen herausgesagt, den Eindruck, als ob man es gar nicht mit erwachsenen Menschen zu tun hätte.

Ueber die Gründe der neuesten Schwankung der Volkspartei wird noch bekanntgegeben:

Die Fraktion sieht in dem Verhalten der Regierung und der Regierungsparteien den Mangel des ersten Willens, zu einer Einigung zu kommen. Es wird darauf verwiesen, daß bereits die Ernennung des Ministerialdirektors Abegg zum Staatssekretär, die erfolgte, ohne daß man mit der Volkspartei sich in Verbindung gesetzt hatte, diesen ersten Willen vermissen ließ. Besonders verstimmt hat auch die Tatsache, daß von dem Ergebnis der Besprechung des Ministerpräsidenten mit den Fraktionsführern der Regierungsparteien der Deutschen Volkspartei offiziell keine Mitteilung gemacht wurde, daß diese vielmehr erst aus der Presse Kenntnis erhielt.

Damit wird unsere Auffassung bestätigt, daß die Volkspartei es mit ihrer Wiederanmeldung nur deshalb so eilig hatte, weil sie die Ernennung des zuverlässigen Republikaners Abegg zum Staatssekretär im Ministerium des Innern verhindern wollte.

Die Zollernprinzessin in Sowjetrußland.

Mit einer Arbeiterdelegation verwechselt.

Wir haben gestern, dem Mitteilungsblatt einer Gruppe der KPD-Opposition folgend, Berichte aus der Sowjetpreffe wiedergegeben, in denen von einem Besuch der Prinzessin Wladiwile von Preußen erzählt wurde. Die „Rote Fahne“ meint, wir hätten diese Berichte in irgendeine Verbindung mit der Frage des Hohenzollernvergleichs bringen wollen. Davon ist aber nicht die Rede. Bekanntlich ist aber dem Genossen Heilig die Einreise nach Rußland verweigert worden, als bekannt wurde, daß er für den „Vorwärts“ über seine Reiseindrücke schreiben wollte. Daher unser Interesse für die Frage, wer nach Rußland eingelassen wird und wer nicht.

Die „Rote Fahne“ liefert übrigens zu den schon bekannten Berichten eine niedliche Ergänzung, indem sie schreibt:

Ueber die Legende des „herzlichen Empfanges“ der Bourgeoisgesellschaft bemerkt die Moskauer „Rabotshaja Gazetta“ scherzhaft, daß das Moskauer Straßenpublikum, das über die Ankunft der hohen Herrschaften nicht informiert war, in ihnen, als ihre Antreten vorbereiteten, wahrscheinlich irgendeine ausländische Arbeiterdelegation vermutete und ihnen deshalb freundlich zuwinkte, was die argentinischen Herren (und die preussische Prinzessin, Red. d. B.) als ein Zeichen besonderer Sympathie für ihre Person auffaßten. Von einer Festvorstellung in Leningrad und von feierlichem Empfang durch den Moskauer Sowjet haben wir in den genannten Blättern nichts gefunden. Aber es ist sogar möglich, daß sich die Bourgeoisgesellschaft in Leningrad eine Extravorstellung bezahlt hat. Es ist sogar sehr möglich, daß die Moskauer Stadtbehörden die argentinischen Kapitalisten empfangen haben, wie solche Empfänge auch in den ausländischen Sowjetbotschaften nichts Außergewöhnliches sind.

Also die Bolschewiki empfangen ausländische Kapitalisten und mit ihnen eine mitreisende Zollernprinzessin auf das freundlichste, während sie Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpreffe die Tür weisen. Mehr wurde nicht behauptet, und das wird von der „Roten Fahne“ bestätigt. Daß man in Moskau hinter jedem Paradeauszug eine „ausländische Arbeiterdelegation“ vermutet, gehört mit zum Witz.

Gegen Ivan Jufft, der im Böttcherbundsgebäude den ungarischen Ministerpräsidenten ohrfeigte, sollte verhandelt werden. Er ist jedoch erkrankt. Die Verhandlung wurde vertagt.

Aus dem Reichstag.

Beginn der parlamentarischen Arbeiten.

Im Reichstage werden in der nächsten Woche die parlamentarischen Arbeiten nach der Sommerpause wieder aufgenommen werden. Am Montag, den 18. Oktober, verfassten sich bereits der Sozialpolitische Ausschuß, der Beamtenausschuß und der Rechtsausschuß, die auch noch an den folgenden Tagen Sitzungen abhalten werden. Am Dienstag, den 19. Oktober, treten der Dtschausschuß und der Verkehrs- und Wirtschaftsausschuß zusammen. Von den Reichstagsfraktionen hat bisher nur die demokratische Fraktion eine Sitzung anberaumt und zwar für Freitag, den 22. Oktober. Auch die Reichsratsausschüsse haben ihre Tätigkeit bereits wieder aufgenommen.

Vor den sächsischen Wahlen.

Grenzlose Zersplitterung.

Dresden, 15. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Mit Donnerstag nacht 12 Uhr ist die Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge für die bevorstehenden Landtagswahlen abgelaufen. Die Zahl der eingereichten Wahllisten ist unerschätzlich groß. Im Wahlkreis Ostsachsen ist mit 13 Listen zu rechnen. Neben der SPD. hat die Alte Sozialdemokratische Partei eine Liste eingereicht, neben den Kommunisten die U.S.P., ferner die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen, Demokraten, Zentrum, Wirtschaftspartei, Nationalsozialisten, Deutsches Volk, außerdem noch ein Aufwertungs- und Sparsverbund und der Zentralverband der Haus- und Grundbesitzer.

Stauning und die dänischen Bauernfaschisten

Enthüllungen angekündigt.

Kopenhagen, 14. Oktober. (Mit.) Auf einer politischen Versammlung in Kopenhagen äußerte Staatsminister Stauning über die Selbstpre-Bewegung, daß sie eine Art Faschismus sei und daß sie ihren Ursprung habe in den Angriffen der Konservativen und der Benfren-Bresse gegen die sozialdemokratische Regierung. In den nächsten Tagen würden auffehenderregende Dinge ans Licht kommen. Man werde nicht sanft mit den Personen verfahren, die an der Spitze dieser Bewegung ständen, die Uebergriffe gegen die Regierung versuche.

Neuerdings sind auch die Führer der sogenannten „Grenzwehr“, Thomas Wind in Döstrup und Kapitän Arildstov, verhaftet worden. Diese gaben an, daß die „Grenzwehr“ 1000 aktive und passive Mitglieder zähle und daß sie am 17. Oktober bei Bredeoro eine größere Uebung abhalte. Justizminister Steinde hat dem dänischen König einen Vortrag über die Affäre gehalten.

Polen ist kein Werkzeug Englands.

Zaleski erklärt, es gibt keinen antirussischen Block.

Krakau, 15. Oktober. (W.B.) Einem Vertreter des hiesigen „Illustrirten Kurjer Cobyjenny“ gegenüber erklärte der Minister des Außern Zaleski, er besitze keine greifbaren Unterlagen dafür, daß ein von England aus geleiteter antirussischer Block bestehe, und stellte nachdrücklich fest, daß niemals irgend jemand an Polen mit dem Vorschlag herantreten sei, an einem solchen antirussischen Block teilzunehmen oder aber selbst eine antirussische Aktion einzuleiten.

Ende des Hungerstreiks in Kottbus. Der von den politischen Gefangenen des hiesigen Zentralgefängnisses kürzlich begonnene Hungerstreik ist gestern zu Ende gegangen. Die von den Gefangenen aufgestellten Forderungen sind nicht erfüllt worden.

Renaudel scheidet aus dem „Quotidien“ aus. In der Sitzung des sozialistischen Parteivorstandes ist ein Brief des Abg. Renaudel verlesen worden, in dem dieser ankündigte, daß er als Mitglied des politischen Rates der bürgerlich-radikalen Zeitung „Quotidien“ zurücktrete. Renaudel gab als Grund für seinen Rücktritt das Fehlen eines einheitlichen Zusammengehens der Radikalen und der Sozialisten an.

Stunden mit Arno Holz.

Von Rudolf Danke.

Vater Jille, selbst Freund und Bewunderer des Schöpfers der „Dafnis-Lieder“ und der atembeklemmenden „Ignorabimus“-Bislonen, hatte mich mit Holz bekannt gemacht, und der Dichter schrieb: „Es wird mich freuen, wenn Sie auf meiner Ohnen ja bereits genugsam bekannten Bude mit einer Tasse Kaffee vorlieb nehmen wollten. Den von uns beiden verehrten Bräutigam, der so liebenswürdig war, uns zusammenzubringen, grüßen Sie, bitte, von mir herzlich.“ — Das klang in der Tat einladend und enthielt Farben, die vorweg das Charakterporträt des Mannes malten.

Später fand ich ein „herzhaftliches Haus“: Treppenhäuser erfreuten den Fuß — aber im dritten Stock hörten sie auf, im vierten Stock auch das Licht — und im fünften, wo sonst Waschküchen und Trockenboden liegen — mal was anderes: Arno Holz' Schriftzüge als Schild an einem Quartier. — Immerhin, nicht unwesentlich schen mir diese Exposition, die weil der Besuch bei einem großen Mann an seiner Haustür beginnt.

Um weiter zu ihm vorzudringen, bedarf es weder der Gunst des anmeldenden Dieners noch eines gebührend langen Wartens im Vorzimmer, denn der Dichter erscheint selbst, und in seinem „Kommen Se rein“ liegt Herzlichkeit.

Auf dem Gastamin brodelt das Kaffeewasser. Derweil sich Holz mit der Zubereitung des Affahrantrages beschäftigt, stehe ich unter der Suggestion des Raumes, einer mittelalterlichen Klosterzelle nicht unähnlich und auf Klostertische abgestimmt. Einprägnant des Dichters Kopf mit dem statuenhaften Schwung des zurückgebürsteten grauen Haars. Wie eine nervöse Libelle das Augenglas, leicht zitternd, wenn die Worte später im Raketensflug hochschleichen. Und dazu bedarf es gar keines besonders erregenden Anlasses — da genügt schon die Nennung eines Namens, um des Dichters verbissene Heiterkeit — etwa im Stile der „Biedschmiede“ — aufsprühen zu lassen, und eine sachlich wie rhetorisch vollendete Leistung ist jedes seiner Urteile, seiner Resumes.

Wir sprechen von seinem Weltreise, dem „Phantasia“, jener literarischen Wunderblume im Garten der deutschen Sprachschöpfungen, die aus einem dünnen Heftlein 1898 über das Buchungsheuer des Inselverlages 1916 nun in seinen „Werken“ im J. H. W. Dieß-Verlag zu drei ansehnlichen Bänden angewachsen ist.

Sieben Billionen Jahre vor meiner Geburt war ich eine Schwertklinge.

Wie Zellen aus des Herrgotts Regenschirm und dann wieder wie das Riesengebet eines Seitigen sich die Rhythmen, die Bislonen...

„Hier an dieser Tischplatte“ — sie entbehrt regelrechter Beine und ist dafür über zwei Stuhlbeine gelegt — „habe ich den größten Teil, das will heißen: nahe an tausend Seiten geschrieben. Und wenn ich es nochmal durcharbeiten könnte, es würde auf Grund dessen, was ich in den zwei Jahren an der Arbeit gelernt habe, manches noch klarer herauskommen. Zu verdanken ist es nicht, wenn etwas insoweit der fortgeschrittenen Anspannung und dann in der Hülle des Korrektorenlesens übersehen worden ist. Aber wer gibt mir die Zeit, die Mittel, um schaffen und leben zu können.“

Holz eilt zur Tür, wo an der Erde aufgeschapelt seine Bücher liegen, schleppt Pappkartons an den Tisch, stülpt eine Anzahl Bände heraus. Seine Hände wühlen gleichsam in den Büchern, von denen er immer wieder eins aufhebt und dröhnend auf die Tischplatte wirft. Wie ein zürnender Zeus sieht er da, wenn er ausruft: „Aber mich liest ja keiner! Man arbeitet eben auf einer höheren Welle, wo man nicht mehr vernommen wird.“ Als ich meine Zustimmung über den gelungenen Vergleich äußere, unterstreicht er das nochmal: „Natürlich ist es Wellenangelegenheit — na populär gesprochen: Der Dache versteht eben die Nachtigall nicht.“ Und nun kommt Holz in Wallung, zerrt das Sitzkissen seines Polsterstuhles hoch, aus dem — mit Respekt zu fagen — das Seegras quillt: „Hier — so sieht's aus, nachdem man 40 Jahre lang gearbeitet hat, und heute bin ich 63. Aber wie sagie doch der Junge: es geschieht meinem Vater ganz recht, wenn mir die Hände erfroren sind — warum kauft er mir keine Handschuhe.“

Die Gewalt seiner klaren, scharf argentinieren Stimme erfüllt den Raum; dann schwenkt er plötzlich um: „Aber was quasseln wir davon, erzählen wir uns doch was anderes!“ — Indessen des Dichters Gedankengänge alle andern Themen beiseite zwingen. „Die Wörter haben sich ja alle so verhalten, und es ist Naturgesetz, daß das Oberflächliche zuerst unterkommt. Aber nach hundert Jahren heißt es einmal: Denn er war unser! Sehen Sie die ganze spanische Literatur an — ein Name ist geblieben — Cervantes — und von ihm auch wieder nur ein Werk — „Don Quixote!“ Aber da redet man: Das Genie bricht sich selber Bahn. Was weiß die Welt von Genie, von Bahn. Se, Ober, noch n Kotelett — damit geht man zur Tagesordnung über.“

Später gibt sich Holz Mühe, mir die Gesetze seiner Wortkunst zu erläutern. Feierlichkeit ist im Zimmer, wenn er zwischen durch, um sich deutlich genug zu machen, Verse spricht, von der Resonanz der Dachbodenwände begleitet. . . .

Als der Dichter nach drei Stunden hastig aufspringt, weiß die Zeit seines außerhäuslichen Abendessens längst heran ist, wird dieser Eifer gleichsam zum Ariadne-Faden, an dem man sich aus dem Labyrinth der Stimmungen zurückfindet. Abschließend streift das Auge: Tisch — Ohn — Bett — ein paar Bilder — einen Vorbeerfranz. Aber man nimmt etwas von dem immer wieder ermutigenden, naturgewollten Höhenbewußtsein dieses Großen mit —

Der überm fauligen Tag, kein Gesicht
Bundern zugekehrt, magischer Farben
Brumst mit des Bestes „Cooc“ mischt . . .

Richard Strauß dirigiert. Bei Kroll. Als er an dem Dirigentenpulst erscheint, erhebt sich das Publikum spontan und grüßt den Musikmeister unserer Zeit. Und das war er und ist es geblieben. Keiner, der nach ihm so vollendet den Ton des Zeitalters traf, der einer Gesellschaft von gestern so begehrend den Spiegel vorhielt. Der blendendste Unterhalter zudem und im Kunsthandwerklichen ein Genie. Gestern dirigierte er die „Salome“ wie ein Meister, ein Feld in der Brandung der Primadonnenflut, ruhig, genau, nicht ohne Leidenschaft, herrlich das Orchester mit der Bühne verbindend. Ein paar hundert ausländische Teilnehmer des Segualkongresses

kaufte dem Spiel, das einen Auschnitt aus allen denkbaren Kapiteln der Sexualforschung bildet. Hysterie, Erotik, Sexualität, Sodomismus, Liebeselbstmord, Blutiger, Qual und Seligkeit der Liebe, Nordrausch — was alles steht nicht verdorben und offen in diesem Werk der todernden Sinnlichkeit. Man hörte eine Aufführung, die in der Regie einige Extravaganzen zeigte (ohne Billigung zu finden), die aber Glanz erhielt durch die schönst gewachsene Salome der Göta Ryndberg. Ihre Stimme ist etwas scharf, in der Tiefe schwach, doch fesselt durch ihr Timbre und noch am Schluß durchhaltend ohne Ermüdung, glänzend das tänzerische Spiel sowie die Haltung in der höchst intellektuell beherrschten Rolle. Neben ihr hatte noch der tolle Herodes von Söht persönlichen Ausdruck. Beifall ohne Ende für die Salome und Strauß. R. S.

Emil Ludwigs Reise durch Sowjetrußland. Auch Emil Ludwig ist unter die Rußlandentdecker gegangen. Da er nun einmal in Sowjetrußland war, so hielt er es für nötig, vor einem großen Auditorium im Wäthneraal eine Stunde lang bald geistreich, bald an der Oberfläche plätschernd, über Sowjetrußland zu plaudern. Er mag schon recht haben: Potemkinsche Dörfer wird man ihm nicht zeigen haben. Man glaubte es ihm auch gern, daß er nur Erstauntes und Erlauchtes seinen Zuhörern zum Besten gab. Aber auch Folgerungen und Schlüsse können Potemkinsche Dörfern gleichkommen. Und daß Emil Ludwig der Hofglobe der Rußlanddarstellung zum Opfer fiel, ohne das Land früher gekannt zu haben und ohne die Möglichkeit zu besitzen, vergleichend vorzugehen, bedeutet für ihn kein Ruhmesblatt. Im übrigen meinte er, Rußland sei Asien, die russischen bolschewistischen Rezepte mögen wohl für Rußland gut sein, keinesfalls jedoch für Deutschland. Die Versuche, die der Bolschewismus gemacht hat, sind trotzdem bewunderungswürdig, denn es herrscht eine neue Kameraderie. Jeder Mensch muß arbeiten. Jeder Arbeiter kann studieren, die Bauern haben es so gut wie nie zuvor. Desgleichen die Schriftsteller und Gelehrten. Die Museen sind auch des Abends oft geöffnet: Von neuer Kunst merkt man aber nichts. Die Kaufleute werden bestraft, weil sie Geld haben. Auf der Straße tragen alle Menschen Rügen. Die Kommunisten sind eine Sekte, mit den Jesuiten vergleichbar oder mit der früheren preussischen Adelskaste. Es herrscht militärischer Geist. Ob die bolschewistische Jugend die gleichen Führereigenschaften wie die Alten besitzen wird, erscheint zweifelhaft. Jedenfalls trinken sie bei offiziellen Festlichkeiten keinen Wodka. Das Geheimnis des Erfolges der alten Kommunisten liegt in der harten Schule, die sie durchgemacht haben. Zur Religion halten noch die Alten, nicht die Jungen. Es gibt zwei heilige in Rußland: Lenin und Ford. Ueberhaupt wird da in höchst unmarxistischer Art Persönlichkeitskultus getrieben. Sowjetrußland ist im höchsten Grade nationalistisch usw. Und zum Schluß: Deutschland wird in Rußland sehr hoch geschätzt. Ein Bündnis Deutschlands mit Rußland widerspricht nicht einem Bündnis Deutschlands mit Frankreich. Westeuropa wird sich vielleicht entradikalisieren. So werden beide zusammenkommen. Denn auf dem Banner Sowjetrußlands steht: „Proletariat aller Länder vereinigt euch!“ — Also waren alle Anwesenden zufrieden. Die einen lafen in den Worten des Vortragenden Berachtung für Sowjetrußland, die anderen größte Hochachtung, und jeder konnte sich seine Potemkinschen Dörfer bauen. R. R.

Reichskonferenz der Kinderfreunde.

Tagung in Friedrichroda.

In Friedrichroda (Thüringen) tagte unter Leitung des Genossen Löwenstein die von 67 Delegierten besetzte Reichskonferenz der Kinderfreunde. Löwenstein begrüßte zunächst die Genossen Crispin als Vertreter des Parteivorstandes und Max Winter als Vertreter der österreichischen Kinderfreunde und der Soz. Erziehungs-Internationale. In seinem Referat sprach dann Löwenstein davon, wie die Kinderfreunde ihre Aufgabe zu erfüllen suchten, den Kindern das Bewußtsein der Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse zu geben, in ihnen den Willen zu erwecken, am Kampf der Arbeiterklasse teilzunehmen und sie zu den neuen Menschen zu machen, deren die Arbeiterklasse in ihrem Kampf bedarf. Man wolle ihnen nicht nur eine Protektionsstellung gegen die bürgerliche Gesellschaft geben, sondern sie positiv in der Richtung der Entwicklung zur neuen Gesellschaft erziehen. Durch Einteilung in Gruppen, die unter ihre Mitglieder sachliche Funktionen aufstellten und sich selbst vermalten, erlebten die Kinder, was Demokratie bedeute. Weiter müsse man suchen, sie den Wert der schaffenden Arbeit für die Gemeinschaft erleben zu lassen. In dieser Weise müsse die ganze Arbeit der Kinderfreunde sich orientieren an den Bedürfnissen der Arbeiterklasse, an den gesellschaftlichen Notwendigkeiten. Betragen vom Idealismus und Kraftgefühl einer Frühlingbewegung suchten die Kinderfreunde ihre große und schwere Aufgabe der Erziehung zum Sozialismus zu erfüllen.

In seinem Geschäftsbericht teilte Genosse Weimann mit, daß nach Streichung nicht lebensfähiger Ortsgruppen, die Zahl der Ortsgruppen von 183 auf 208 gestiegen sei (die Zahl der Kindergruppen ist eine weit höhere). Dankbar erkannte er Interesse und Unterstützung des Parteivorstandes an, während im Lande vielfach noch immer das erforderliche Verständnis der Organisation fehle. Weimann berichtete weiter von den Schwierigkeiten, mit denen die Bewegung zu kämpfen habe und gab Anregung zu ihrer Überwindung. Die Zentrale hat das Mögliche an Arbeit geleistet. Der „Kinderfreund“ liegt einer Reihe von Parteizeitungen bei und hat eine Auflage von 251 000, die „Sozialistische Erziehung“ eine Auflage von 55 000.

Genosse August Siemsen berichtete über die „Sozialistische Erziehung“. Die jetzigen vier Seiten seien ungenügend. Man müsse hoffen, daß sie bald wieder im alten Umfang erscheinen könne. Im übrigen müsse man danach streben, eine besondere Zeitschrift für die Kinderfreunde und eine wissenschaftliche sozialistische Erziehungszeitschrift ins Leben zu rufen.

In der Diskussion wurden Anträge in diesem Sinne angenommen. Ferner soll eine engere Zusammenarbeit mit der österreichischen Bruderorganisation erstrebt werden. Dem Ausbau und der Verbesserung des „Kinderfreundes“ soll der Vorstand seine besondere Aufmerksamkeit widmen.

Genosse Adams behandelte dann in seinem Vortrag das Verhältnis der Kinderfreunde zur Arbeiterjugend. Die Ausführungen des Genossen Westphal in der Diskussion ergaben, daß Uebereinstimmung herrscht über die Notwendigkeit engsten Zusammengehens der beiden Organisationen zum Besten der gesamten Partei und Arbeiterbewegung. Auch über die Wege dazu war man im wesentlichen einer Meinung. Das wird zweifellos die besten Früchte tragen.

Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

Kaufandrang an der Börse.

Die Umsätze am Monianmarkt haben sich am heutigen Freitag gegenüber dem Donnerstag noch verdoppelt. Das Geschäft war außerordentlich groß. Die Kurssteigerung von Stahlaktien und Phönix stieg sich noch länger als gestern hin. Im Vordergrund standen wieder die schweren Werte, man verweist auf die neuerlichen Rekordanforderungen in der Wagengestellung. Nicht nur das Publikum und die Provinz, sondern auch das Ausland kaufte heute in ungewöhnlichem Maße, so daß die Gewinnrealisationen der Spekulation eindrucksvoll blieben.

„Die Eroberung der asiatischen Wälder.“ Sven Hedin, sicher der populärste aller Afrikaner, erfreute sich von jeher in Deutschland einer besonderen Beliebtheit, die auch nicht ins Bankrot geriet, als sich erwies, daß er auf dem Gebiete der Politik weniger urteilsfähig ist als in seinem eigenen Arbeitskreise. Wir lieben und achten in Hedin den großen Forscher und den wahrhaften Menschen, als den er sich so oft erweisen hat. Auch diesmal empfing Sven Hedin, als er das Podium im großen Saale der Wälderhochschule bestieg, um als Gast der deutsch-schwedischen Vereinigung über „Die Eroberung der asiatischen Wälder“ zu sprechen, eine begeisterte Menschenmenge. Hedin behandelte ein Thema, das aus seinen Schriften vielen der Erschienenen sicher völlig bekannt war. Trotzdem folgte man gespannt seinem mehr als zweistündigen, von keiner Pause unterbrochenen Vortrage. Denn Hedin, der die deutsche Sprache völlig beherrscht, verstand mehr zu geben als eine Schilderung. Er ließ die Hörer seine Kämpfe um die asiatische Wälder miterleben, die in unendlicher Mühseligkeit, mit unermüdlicher Ausdauer, mit oft völlig erschöpften und doch nie völlig verlagenden Kräften geführt wurden. Tage in glühendem Sonnenbrand, ohne Wasser, ohne Hoffnung darauf, im grenzenlosen gelben Dünenmeer, Tage, die sich zur Woche aneinanderreihen, die immer schwerer zu ertragen, gegen die immer schwerer anzukämpfen war, erlebten die Zuhörer in atemloser Spannung mit. Ein reiches Lichtbildmaterial ergänzte diese Ausführungen, zeigte auch, welche Kulturen vor Jahrtausenden der unerbittliche wandernde Sand begraben hatte. Hedin zog hier geschichtliche und kulturhistorische Parallelen, um das Gefühl der unbegreiflichen Zusammenhänge alles Seins wachzurufen. Les.

Dr. Cahn-Speyer und der Deutsche Arbeiter-Sängerbund. Herr Dr. Rudolf Cahn-Speyer hütet uns um Veröffentlichung folgender Mitteilung: „Eist jetzt erhalte ich Kenntnis von der Veröffentlichung des Schreibens, das der Deutsche Arbeiter-Sängerbund an mich gerichtet hat, in Ihrem geschätzten Blatte Nr. 476 vom 9. d. M. Da in diesem Schreiben an meine Lokalität appelliert wird, lege ich Wert darauf, den Anschein zu vermeiden, als sei dies vergeblich geschehen. In dem erwähnten Schreiben, das mir am 8. d. M. zugegangen ist, wird gesagt, der Wortlaut der Rede, die Herr Professor Kellenberg auf der Tagung des „Deutschen Arbeiter-Sängerbundes“ gehalten habe, sei in der „Deutschen Arbeiter-Sänger-Zeitung“ vom 15. August d. J. unrichtig wiedergegeben, so daß meine hieran geführten Ausführungen auf einem Irrtum beruhten. Es wurde mir angekündigt, daß ich alsbald einen Abdruck des hierauf bezüglichen Protokolls erhalten würde. Dieses Protokoll habe ich bis zum heutigen Tage — also nach Ablauf von fast einer Woche — noch nicht erhalten. Ich habe nicht verstanden, weshalb es mir nicht gleich mit dem erwähnten Schreiben zugegangen ist. Es ist also nicht Mangel an Lokalität von meiner Seite, wenn ich der an mich gerichteten Aufforderung bisher nicht nachgegeben bin.“

Zweize Tanymaschine der Volksbühne E. V. Bei den Aufführungen der neuen Tanzbühne des Stadttheaters München, die am Sonntag, den 17. Oktober, vorm. 11^{1/2} Uhr, im Theater am Balowplatz stattfanden, hat Kurt Koch die choreographische Leitung, die Kostüme und Masken stammen von Käthe Lehning und Heinrich Hecker. Die Begleitung hat Fritz K. Cohen. Einlaßkarten zum Preise von 1,20 Mark sind noch in beschränkter Zahl erhältlich.

Auftakt zur Werbewoche.

Scheidemann in Hamburg für Offensivpolitik.

Hamburg, 15. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Als Auftakt der Werbewoche fand in Hamburg am Donnerstagabend eine Riesendelegiertenversammlung der Sozialdemokratie statt. Tausende füllten den Saal, Tausende waren zu einem Fackelpalast vom Hauptbahnhof bis zum Gewerkschaftshaus zum Empfang des Genossen Scheidemann zusammengetreten. Nachdem Scheidemann zunächst vom Balkon des Gewerkschaftshauses gesprochen hatte, hielt er vor den Delegierten und Betriebs-Vertrauensleuten eine große politische Rede. Nach einem geschichtlichen Rückblick kennzeichnete er die Fortschritte, aber auch die starken Mängel des heutigen Deutschlands, wie sie sich in der Verwaltung, der Reichswehr, der Justiz und auf anderen Gebieten äußern. Die Sozialdemokratie hätte aber bei stetiger und aktiver Anteilnahme an den Regierungsgeschäften manches, was geschehen sei, verhindern können. Sie müsse heraus aus ihrer Stellung der passiven Toleranz zur Regierung. Es gelte für sie, eine Offensivpolitik zu treiben, die die Republik wieder in die Hände der Republikaner bringe. Scheidemann erklärte sich grundsätzlich für die Teilnahme an der Regierung. Es sei ein Fehler gewesen, daß die Sozialdemokratie von 3 Monaten 56 Monate außerhalb der Regierung gestanden hätte.

Zur Fürstenabfindung wies er darauf hin, daß die preussische Landtagsfraktion sich in einer Zwangslage befunden hätte. Diese Frage sei ein Beispiel einer fehlerhaften Politik, die mit der unmöglichen Parole zum Volkenscheid begann. Der jetzt geschlossene Vergleich sei die Frucht der Republik vor ihren kaiserlichen Richtern. Diesen wäre die Angelegenheit wieder ausgeliefert worden, wenn kein Vergleich geschlossen würde.

Eine lebhafteste Diskussion schloß sich an, die den auch von Scheidemann stark geförderten Willen zur Agitation in der Werbewoche noch verstärkte.

Demokratie als Lösung nationaler Fragen.

Svehlas Regierungserklärung.

Prag, 15. Oktober. (W.B.) Die neue Regierung stellte sich dem Parlament vor. Die vom Ministerpräsidenten Svehlas vorgetragene Regierungserklärung besagt, daß sich die neue Regierung im Grunde an das von ihm im Dezember vorigen Jahres vorgetragene Programm halten wolle, um so die Notwendigkeit der Kontinuität der Staatsentwicklung zu bezeugen. Die jetzt gefundene Lösung bedeutet eine Erweiterung der politischen Basis unseres Parlaments und damit in der Entwicklung unseres Staates eine neue bedeutungsvolle Etappe. Unser Staat ist geradezu ein klassisches Beispiel für eine enge Verzahnung verschiedenartiger Kulturen. Heute nun treten wir zu gemeinschaftlicher Arbeit zusammen zwecks Schaffung eines harmonischen Zusammenlebens in dem durch die Grenzen unseres Staates und seine große historische Mission in Zentraleuropa gegebenen Rahmen. Lange Jahrzehnte waren erfüllt von solchen Versuchen zur Schaffung einer besseren Art des Zusammenlebens. Diese Versuche wurden aber von außenstehenden, mit unseren Verhältnissen unbefamten Faktoren gemacht und führten auch deshalb niemals zum Ziele. Heute, dank dem Siege des demokratischen Gedankens, können wir in unserem Staate als freie Bürger ohne fremdes Patronat wirken und offen als Gleiche mit Gleichen handeln. Wir sind uns bewußt, daß die aus der verschiedenartigen nationalen Kultur entstandenen

Differenzen nicht verschwinden werden. Worum es sich aber handelt, das ist die Notwendigkeit, die Art und Weise der Erledigung und Befriedigung von Differenzen und Streitigkeiten zu vervollkommen.

(Beifall bei der Mehrheit.) In dieser Richtung wollen wir neue Wege bahnen. Wir alle sind überzeugt, daß die Demokratie, ebenso wie sie die Lösung sozialer Streitigkeiten und kultureller Kämpfe ermöglicht hat, uns auch den Weg zur Lösung des nationalen Zusammenlebens gebahnt hat. In acht Jahren haben wir genügend Gelegenheit gehabt, die demokratischen Methoden zu erproben. Mögen wir auch hier und dort Fehler gemacht haben, eins muß man unserer Demokratie zuerkennen, daß sie vor keiner schwierigen Aufgabe Halt machte, vor die uns die Nachkriegszeit stellte. Wir sind uns der unabänderlichen Tatsache bewußt, daß die, die auf diesem ererbten Boden geboren sind, bereits mehr als ein ganzes Jahrtausend gemeinschaftlich zusammengelebt haben. Der unerschütterliche Glaube, daß wir für alle Zeit zusammen sind und bleiben, macht es uns zur Pflicht, enger zusammenzuarbeiten und zusammenzuwirken, damit unser Zusammenwirken und unsere Zusammenarbeit dauerhaft sei.

Bethlen bildet sein Kabinett um.

Die Wirkung des Frankensälcherprozesses.

Budapest, 15. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Ministerpräsident Graf Bethlen hat am Donnerstag dem Reichsoberweser die Demission der Regierung unterbreitet. Es handelt sich jedoch lediglich um einen formalen Rücktritt, um Bethlen die Möglichkeit zur Umbildung der Regierung zu geben, wie sie bereits seit dem Frankensälcherprozeß beabsichtigt war. Die Demission erfolgte am dem Tage, wo die „Königliche Kurie“ das endgültige rechtskräftige Urteil im Frankensälcherprozeß gefällt hat. Bethlen selbst die ungarische Regierung die Folgen ziehen aus der Tatsache, daß einer der Hauptschuldigen, der Landespolizeichef Nadossy, als Staatssekretär im Innenministerium und sozusagen als Polizeiminister seines Amtes gewaltet hatte. Vor allem wird Bethlen den bisherigen Innenminister Rakossy ausschiffen, der es vorgezogen hat, bereits seit dem Sommer krank zu sein.

Die „Königliche Kurie“ hat die Strafe für Windischgrätz von Juchhaus in Gefängnis umgewandelt, „mit Rücksicht auf sein Nervensystem“, durch das er einer vierjährigen Zuchthausstrafe nicht gewachsen wäre.

Labour nicht gegen Koalitionspolitik.

Für die Prüfung des Kulturlohes.

London, 15. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Kongreß der Arbeiterpartei in Margate erörterte am Donnerstag nachmittags die programmatische Grundlage einer künftigen Arbeiterregierung. Dem Kongreß lag eine Entschließung vor, durch die jede zukünftige Arbeiterregierung von vornherein gegen jede Koalition oder parlamentarische Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien festgelegt werden sollte. Diese Entschließung wurde jedoch nach einer Rede Macdonalds abgelehnt.

Dagegen wurde entgegen dem Wunsch Macdonalds als Folge einer außerordentlich eindrucksvollen Rede Brailsfords eine Entschließung angenommen, in der die Einsetzung einer Kommission gefordert wird mit der Aufgabe, die Möglichkeiten der Forderung des Kulturlohes im Sinne der offiziellen Politik der unabhängigen Arbeiterpartei zu prüfen.

Die Anwesenheit kommunistischer Delegierter führte zu mehreren Zwischenfällen: Der Kongreß weigerte sich unter großer Unruhe, den von der Mandatsprüfungskommission ausgeschlossenen Delegierten der Ortsgruppe Baddington der Labour Party zu hören, so daß der Vorsitzende Williams gezwungen war, den Delegierten zum sofortigen Verlassen des Kongreßsaales zu veranlassen, um die Verhandlungen weiter führen zu können.

Asquith zurückgetreten.

London, 15. Oktober. (W.B.) Asquith erklärt in einem Briefe an den Präsidenten des Nationalliberalen Verbandes J. A. Spender, daß er von der Führung der liberalen Partei zurücktrete. Er führt darin aus: Der organisierte Generalfstreik sei das ernsteste Ereignis in der inneren Politik Englands in seinem Leben gewesen. Wenn der Generalfstreik Erfolg gehabt hätte, so würde die parlamentarische Regierung zu Ende gewesen sein. Die Haltung der liberalen Partei in dieser Situation habe sie mit Recht in Miskredit gebracht. Mit ebensoviel Schmerz wie Ueberraschung habe er festgestellt müssen, daß seine öffentlichen Erklärungen angefochten worden seien, von einer Seite, die er unmöglich außer Acht lassen konnte. Er sei überzeugt, daß die Einheit der Partei nicht wirksam aufrechterhalten werden könne unter einem System der rivalisierenden Autoritäten mit getrennten Organisationen und getrennten Fonds. Er könne und wolle keinen Anteil an partiellarisierenden Auseinandersetzungen nehmen. Er stehe jetzt in seinem 75. Lebensjahre. Er habe fast ein halbes Jahrhundert im öffentlichen Leben gestanden. Er sei längere Zeit Premierminister gewesen und habe ernstere Verantwortlichkeiten gegenüberzutreten müssen als irgend einer seiner Vorgänger während der letzten 100 Jahre. Von den Grundfragen des Liberalismus, wie er sie stets verstanden habe und sie weiterhin verstehe, sei er niemals nach rechts oder nach links abgewichen und er werde es niemals tun. Er fühle, daß die Sorgen und Verantwortungen der Führerschaft nicht von jemand getragen werden sollen, der nicht einermassen sicher sein könne, daß er die Regierung aushalten könne. Sein Entschluß, zurückzutreten, sei unwiderruflich.

„Daily Herald“ bezeichnet den Rücktritt Asquiths als einen neuen Nagel zum Sarge der liberalen Partei. Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der liberalen Partei würden sich jetzt noch weiter vertiefen. Lloyd Georges Blatt „Daily Chronicle“ bekräftigt sich vorläufig auf eine Würdigung der Arbeiten Lord Oxfords bei der Durchführung des liberalen Programms und kommt zu dem Schluß, daß die Vollendung dieses Programms von dieser Generation von Liberalen erreicht werden müsse. „Times“ zufolge werden die Anhänger Lord Oxfords keinen neuen Kandidaten für das Amt eines Führers der Partei aufstellen. Der offene Bruch innerhalb der Partei bleibe bestehen und werde vielleicht noch verschärft werden.

Das norwegische Schnapsverbot.

Vollstimmige Entscheidung über seine Weitergeltung.

Oslo, Mitte Oktober. (Eigener Bericht.) Am 18. Oktober hat das norwegische Volk darüber zu entscheiden, ob es das seit 1919 bestehende Branntweinverbot aufrechterhalten will. Mit welcher Heftigkeit der Abstimmungskampf geführt wird, ergibt sich daraus, daß die Regierung sich veranlaßt gesehen hat, die Benutzung der Kirchen zur Anti-Alkoholpropaganda zu verbieten. Die Synode hat sich dieser Maßnahme angeschlossen und die Pfarrer dringend gebeten, sich auf der Kanzel jeder Stellungnahme zu der Alkoholabstimmung zu enthalten. Der Wahlkampf wird in der Hauptsache von zwei landesumfassenden Ligen, denen der Verbotsfreunde und der Verbotgegner geführt, während die Mehrzahl der politischen Parteien als solche sich um die Angelegenheit nicht kümmern. Eine Ausnahme haben die Konservativen gemacht, indem sie ihre Anhänger auffordern, gegen die Aufrechterhaltung des Branntweinverbotes zu stimmen. Die sozialistisch-unabhängige Arbeiterpartei propagiert die Aufrechterhaltung. Sie veranstaltet überall im Lande Volksversammlungen, während Sozialdemokratie und Kommunisten ihren Anhängern die Abstimmung freigegeben haben.

Das Verbot unterjagt Einfuhr und Herstellung von Alkohol von mehr als 5 Proz.; gestattet sind nur drei leichte Bierarten mit 2 $\frac{1}{2}$ bis 4 Proz. Alkohol. Allerdings ist die norwegische Regierung von den Südwesteinstaten gezwungen worden, den Verkauf ihrer Weine in Norwegen zu gestatten. Man hatte eine Weimimportgesellschaft gegründet, die Weine und Champagner vertreibt, von denen die schwersten Südwesteine bis zu 20 Proz. Alkohol enthalten. Diese Durchlöcherung des Branntweinverbotes hat die Alkoholgegner sehr empört, um so mehr, als sich seit dem Bestehen des Branntweinverbotes die Einfuhr von schweren Weinen um vieles gesteigert hat. Aber trotz dieser Unzufriedenheit mit den Wirkungen des Verbotes wird angenommen, daß die Abstimmung eine Mehrheit für das Verbot ergeben wird.

Moskau hat schon wieder Angst.

Diesmal, weil sich die Türkei dem Völkerverbande nähert.

Mailand, 15. Oktober. (E.B.) Nach einem Moskauer Telegramm des „Corriere della Sera“ bemerkte man in Moskau eine gewisse Beunruhigung über die Reorientierung der Türkei zugunsten des Völkerverbandes. Angora stehe jetzt am Scheideweg und müsse in wenigen Monaten seine endgültige Wahl treffen. Die russischen Staatsmänner erklären, wenn die Türkei die Freundschaft Englands und die Hilfe des Völkerverbandes annehme, so blühe sie an politischer Unabhängigkeit und die Möglichkeit ein, sich an die Spitze der arabischen Staaten zu stellen. Möge die Türkei auf der Hut sein, damit sie nicht in die von England gestellte Falle gerate und in Zukunft der britischen Aktion gegenüber Russland diene.

Aus der Partei.

„Arbeiterwohlfahrt.“

Das 2. Heft vom 15. Oktober 1926 der „Arbeiterwohlfahrt“ behandelt treu der angekündigten Absicht des Herausgebers, des Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt, grundsätzliche Fragen und praktische Arbeit der Wohlfahrtspflege. Im Leitartikel: „Die Krisis in der rheinischen Jugendwohlfahrtspflege“, schildert Genosse G. Köpfer die Auseinandersetzungen zwischen katholischer Caritas und Arbeiterwohlfahrt im Rheinland über Auslegung und Durchführung der Jugendwohlfahrtsgehalte. Dann erläuterte Genosse Kantorowicz, Magistratsyndikus in Kiel, die Grundgedanken der Fürsorgepflichtverordnung. Genossin Zuhaczynski nimmt kritisch zur Besoldung Stellung. Es folgen Berichte über Tagungen, von Genossin Kirschmann-Röhl über den bevölkerungspolitischen Kongreß der Arbeiterwohlfahrt, Genosse Friedländer über den Allgemeinen Deutschen Fürsorgeerziehungstag, Genossin Schröder über die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Genossin Wachenheim gibt in einem Aufsatz „Schulungsarbeit“ eine Reihe Lehrpläne für die Schulung ehrenamtlicher Mitarbeiter. Mitteilungen aus der Arbeiterwohlfahrt, eine Bücherchau und Bücherbesprechungen machen den Schluß.

Das internationale Arbeitsamt.

Zur Tagung des Verwaltungsrats.

Am Donnerstag ist in Genf der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes (I.A.A.) zu seiner 33. Tagung zusammengetreten. Die Tagesordnung enthält nicht weniger als 12 Punkte, von denen die meisten recht bedeutend sind. Man muß sich aber fragen, ob nicht die Methode des Internationalen Arbeitsamtes, die Tagesordnung seines Verwaltungsrates so zu überlasten, wie es in der letzten Zeit mehr und mehr geschehen ist, zu großen Unzulänglichkeiten führen wird.

Das Wichtigste bei allen Tagungen des Verwaltungsrates des Arbeitsamtes ist der Bericht des Direktors. In ihm kommen alle sozialpolitisch bedeutsamen Ereignisse der letzten Zeit zum Ausdruck. So ist es wieder vor allem der Achthunderttag, der das Interesse beansprucht hat. Es stellt sich immer klarer heraus, daß die Hauptstärke der Internationalen Arbeitsorganisation und des Internationalen Arbeitsamtes nicht in der selbständigen Führung des Kampfes um den Achthunderttag liegt, sondern in der wirksamen Versorgung der ihr angeschlossenen Organisationen mit wissenschaftlichem Rüstzeug für den Kampf um eine wirkliche Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen. Im Bericht des Direktors erscheint dieser Gedanke noch sehr zaghaft. Immerhin kommt einer der Punkte der Tagesordnung schon näher an ihn heran als gewöhnlich.

Es handelt sich um den fünften Punkt; er betrifft die Frage der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation. Schon in seiner vorigen Sitzung hat sich der Verwaltungsrat anlässlich einer Bitte von Dudgeon, die Mittel für Verbesserungen bei Verteilung und Produktion von Gütern durch eine Enquete festzustellen, mit diesem Problem beschäftigt. Inzwischen ist der Direktor des Arbeitsamtes mit dem bekannten amerikanischen Geschäftsmann Edward Filene und einigen Vertretern internationaler Komitees für wissenschaftliche Arbeitsorganisation zu einer Besprechung zusammengekommen, die insbesondere wegen der tatkräftigen Mitwirkung von Filene positive Ergebnisse gezeitigt hat. Filene hat aus einem Fonds für das erste Jahr der neuen Organisation, falls sie zustande kommt, einen ausreichenden Betrag zur Verfügung gestellt. Es ist zu hoffen, daß der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes noch in seiner jetzigen Sitzung in dieser Richtung Beschlüsse faßt. Gerade die wissenschaftliche Erforschung des Problems der Rationalisierung in der ganzen Welt würde Ergebnisse hervorbringen, die als äußerst wirksames Kampfmittel für die Idee des Achthunderttages dienen könnten. Wird diese Erforschung unter der Kontrolle oder unter Mitwirkung des Internationalen Arbeitsamtes vorgenommen, so ist damit größere Sicherheit dafür gegeben, daß die Auswertung der Ergebnisse auch wirklich in einem Sinne geschieht, der die Fortschritte internationaler Sozialpolitik fördert.

Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Zweiter Verhandlungstag.

Auf der Tagesordnung stehen die Schlussworte der Vorstandsmitglieder zu den Berichten der Hauptverwaltung. Salla spricht zunächst über die Angriffe, die gegen die Verbandszeitung gerichtet wurden. Das Verbandsorgan dürfe auf keinen Fall auf das Niveau eines Mitteilungsblattes herabsinken, es habe die Verbindung aufrecht zu erhalten mit der gesamten Arbeiterbewegung. Er wendet

sich gegen eine Aenderung des Systems der Sekretäre und betont, daß die Anträge des Vorstandes das Mindeste sei, was man fordern müsse.

Der Kassierer Kstermann gibt einige Erläuterungen zur Abrechnung. Darauf spricht der Zentralvorsitzende Ströhlinger zu den Ausführungen der Diskussionsredner. Er legt vor allen Dingen die Kostenberechnung für das Verbandsorgan dar und bedauert die Schärfe der gestrigen Diskussion, die nicht zur Entspannung der Lage beitragen könne. Darauf wird auf Antrag der Revisoren die Entlastung erteilt.

Es folgt die Beratung der unter Gruppe Beitragsverrechnung und Beamtenanstellung fallenden Anträge. Saar begründet die Anträge der Opposition und behauptet, daß ohne die Annahme des Antrages 201 keine Gesundung der Finanzen möglich sei. Er schlägt vor, von den Beiträgen 30 Proz. den Orten zu belassen, die einen Beamten haben, und 25 Proz. den Orten ohne Beamte. Die Befolgung der Beamten habe durch die Ortsverwaltungen zu erfolgen. Ströhlinger vom Hauptvorstand tritt ihm entgegen und begründet die Anträge des Vorstandes, die eine Erhöhung der Beiträge vorsehen und den Zahlstellen wie bisher gewisse Prozentätze belassen, die je nach der Höhe des Beitrages steigen. Die Befolgung der Beamten habe nach wie vor durch die Zentrale zu erfolgen. Die neu angestrebten Unterstützungen könnten nicht geltendes Recht werden. Man müsse auch den Belästigten des Breslauer Gewerkschaftskongresses Rechnung tragen, die auf eine Vereinfachung der Verbandsverwaltungen hinielen. Er bittet, den Vorschlägen des Vorstandes zuzustimmen.

Die Diskussion ist recht ausgedehnt und bezieht sich auf alle Anträge, die die Verwaltung und Unterstützung betreffen. In der Abstimmung wird der Antrag des Vorstandes mit den neuen Beitragsätzen angenommen und zu gleicher Zeit beschlossen, die geltenden Unterstützungsätze bestehen zu lassen. Damit ist der Antrag 201 gefallen. Die Abstimmung erfolgte namentlich und ergab 12 382 Stimmen gegen 6231.

Anschließend findet eine Nachsitzung statt, die die Beratung der Anträge zum Statut und Unterstützungsreglement zu Ende führen soll. Außerdem die Anträge betreffend der Steuerunterstützungsvereinigung „Zentral-Horesca“.

Schiedspruch für den Kohlenhandel.

2 Pfennig Lohnerhöhung plus Indexsteigerung.

Für die Arbeiter des Berliner Kohlenhandels besteht seit Mai dieses Jahres kein Lohnvertrag mehr. Im August beantragte der Verkehrsband im Auftrage der Funktionäre bei den Unternehmern des Kohlenhandels eine Lohnerhöhung von 10 Proz. Die Unternehmer verschleppten die Verhandlungen immer wieder, so daß der Verkehrsband schließlich den Schlichtungsausschuss anrief.

Dieser schlichtete gestern einen Schiedspruch, wonach die Löhne um 2 Pf. gegenüber den bisher gezahlten Löhnen, die den früheren Tariflöhnen entsprechen, erhöht werden sollen. Die Ueberstundenzuschläge, die bisher für die erste Ueberstunde 3 Proz. und für die zweite Stunde 20 Proz. betragen, sollen in Zukunft für beide Stunden 5 Proz. betragen. Das Lohnabkommen soll gelten bis zum 31. März 1927 mit der Maßgabe, daß sich die Löhne ab 1. Januar automatisch erhöhen sollen, wenn der Index auf über 145 steigt. Bei der neuen Lohnfestsetzung wurde ein Index von 142 zugrunde gelegt. Eine Vollversammlung wird anfangs nächster Woche zu diesem Schiedspruch Stellung nehmen.

Der Anhalter Güterbahnhof verstopft.

Der Potsdamer Güterbahnhof in Betrieb.

Daß der Anhalter Güterbahnhof seit längerer Zeit völlig verstopft ist, wird dadurch bewiesen, daß einer der klandesten Sachkennner der Güterverfrachtung, der Amtmann Rothe, wiederholt

Beamte anforderte zur Inbetriebsetzung des Potsdamer Güterbahnhofs. Die Direktion verhielt sich ablehnend.

Schließlich ist auch das Ergebnis der leider zu spät eingetroffenen Untersuchungskommission nicht zugunsten der Reichsbahndirektion ausgefallen. Wir könnten aber auch weiterhin den Nachweis erbringen über das uns geschilderte Durcheinander auf dem Speicher I sowohl wie auf der Ermittlungsstelle. Unsere Kritik bleibt also nach wie vor bestehen. Sie hatte den Erfolg, daß seit Montag der Potsdamer Güterbahnhof wieder in Betrieb ist. Eine Anzahl Arbeiter haben Lohn und Brot erhalten. Also Vorzicht bei Berichtigungen.

Gleichzeitig machen wir noch einmal auf die Kantinenverhältnisse unter der Leitung des Kantinenwirtes Hoffmann aufmerksam und erbitten Auskunft, welche Richtlinien die Reichsbahndirektion Hoffmann kürzlich gegeben hat. Im übrigen scheint Hoffmann wieder auf dem hohen Pferd zu sitzen. Wir machen aber auch den Herrn Haase darauf aufmerksam, daß Frau Hoffmann sich erneut in der Kantine aufhält, entgegen dem Beschluß der Verwaltungssitzung. Wie lange wird sich die Belegschaft des Anhalter Güterbahnhofs das Treiben einzelner Schädlinge auf diesem Gebiet noch gefallen lassen?

Die Verhandlungen im Einzelhandel gescheitert.

Die Stellungnahme der Unternehmer zu dem Ergebnis der letzten Gehaltsverhandlungen im Einzelhandel hat besonders durch die ungewöhnliche Taktik der Einzelhandelsgemeinschaft zu den sonderbarsten Vermutungen Anlaß gegeben.

Der BdA hat in seinem, im gesamten Einzelhandel verbreiteten Flugblatt auf die Ursachen hingewiesen, die vorwiegend in der Verbandspolitik der Einzelhandelsgemeinschaft zu suchen sind. Es ist im allgemeinen nicht Sache der Arbeiter und Angestellten, sich um die inneren Angelegenheiten irgendeines Unternehmerverbandes zu kümmern. Wenn jedoch, wie es hier der Fall ist, die Angestellten selbst und ihre Gehälter zum Gegenstand des Streites unter den einzelnen Interessentengruppen der Berliner Einzelhändler werden, dann hört diese Verbandspolitik auf, eine interne Angelegenheit der Unternehmer zu sein. Die Angestellten haben allen Grund, sich mit den Fragen zu befassen, durch die ihre Interessen in so starkem Maße beeinträchtigt werden.

Die Unternehmer haben das letzte Verhandlungsergebnis dadurch illusorisch gemacht, daß sie die Sicherungsklausel gegen die weitere Verschlechterung der Gehälter abgelehnt haben. Die Unternehmer haben dann zum 14. Oktober neue Verhandlungen angefangen. Auch diese Verhandlungen sind gescheitert, weil die Unternehmer sich nicht dazu verstehen konnten, die Sicherungsklausel für die Zeit bis zum 31. März 1927 anzuerkennen. Sie waren lediglich bereit, sie bis zum 31. Dezember 1927 anzuerkennen.

Trotzdem schien es, als ob sich eine weitere Möglichkeit zu einer Verständigung auf einer anderen Basis finden ließe. In dieser Situation brachten die Unternehmer die Verhandlungen zum Scheitern, indem sie für die Sicherungsklausel einen Wortlaut vorschlugen, der nicht mehr die September-, sondern nur noch die Oktobergehälter vor Verschlechterungen schützen sollte.

Die Angestellten haben zur Genüge ihre Bereitwilligkeit zu einer gütlichen Verständigung zu erkennen gegeben. Auch der Verlauf dieser Verhandlungen zeigt wieder, daß die Unternehmer eine Desperadopolitik treiben, die sich rächen wird.

Die Arbeitslosigkeit in Moskau.

Am 1. September dieses Jahres waren in Moskau 141 417 Arbeitslose eingetragen, gegenüber 116 326 im Vorjahre. Davon entfielen 54 294 auf ungelernete Arbeiter.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Arius Cotereus; Gewerkschaftsbewegung: S. Steiner; Revolution: R. S. Richter; Soziales und Sonstiges: Aris Kahlert; Anzeigen: Ed. Glaser; sämtlich in Berlin. Verlag: Formaris-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formaris-Verlag und Verlagshaus Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Platz 1. Verlag.

Beispiellose Preiswürdigkeit durch Fortsetzung unserer großzügigen

OKTOBERMESSE

Einwandlos

- Damassé schwere, elegante Qualität . . . Mtr. **240**
- Crêpe de Chine, eleg. Kleiderware i. all. Farb., 98 cm breit **540**
- Bordüren Crêpe de Chine in aparten Farbensetzungen, doppeltbreit Mtr. **725**
- Crepe marocain Drucks, aparte Muster . . Mtr. **475**
- Lind. Cöper-Samt schwarz und farbig . . . 70 cm **575**
- Velour-Chiffon schwarz, elegante Ware 100 cm Mtr. **950**

Selbstausschlag

- Pulloverstoffe in entzück. Mustern Mtr. **1.95 1.50 95 Pf.**
- Schotten 100 cm breit, in großem Sortiment . . Mtr. **1.95**
- Foulé Tuch ca. 100 cm breit, reine Wolle . . . Mtr. **1.95**
- Popeline reine Wolle ca. 85—100 cm breit . Mtr. **2.65**
- Rips-Popeline ca. 130 cm breit, prima Ware in großem Sortiment Mtr. **4.48**
- Velour de laine erprobte Qualitäten, ca. 130 cm br. Mtr. **7.90**

Damenkleidung

- Morgenrock aus molliger Flausschware, in vielen Farben . . **395**
- Wollkleid, neuartig mit reichem Bordürenbesatz . . **975**
- Mäntel velour de laine mit mod. Seitenpartie, reicher Pelzbesatz **2950**
- Mäntel mit interessanten Seitenteilen, Pelzverbrämung und ganz mit Damassé gefüttert . **3450**
- Mäntel aus molligen Winterstoffen, mit Pelzkragen, tolle Form . . . **1750**
- Kleid crêpe de chine mit langem Aermel u. aparter Spitzengarn. **1975**

Umsätze

- Damenstrümpfe Seldengor, viele Farben, Doppelschle u. Hochferse 1,48 **125**
- Damenstrümpfe stark Flor, Ia Qualität, besonders haltbar, viele Farben 1,75 **145**
- Damen-Strümpfe Waschseide, I. Qual., große Farbenwahl 2,95 **195**
- Damenstrümpfe Flor mit Seidengriff, Doppelschle, Hochf. **95 Pf.**
- Herren-Socken bunifarbig, hübsche Längsstreifen **60 Pf.**
- Herren-Socken leine reine Wolle, Jacquard und viele Muster **195**

Linnenwaren

- Hemdentuch 80 cm breit . . . Mtr. **38 Pf.**
- Louisianatuch 180 cm breit, Mtr. 93 Pf., 80 cm breit . . . Mtr. **65 Pf.**
- Bettzeile 130 cm breit . . . Mtr. 1,48, 80 cm breit . . . Mtr. **95 Pf.**
- Laken-Haustuch 160 cm breit . . . Mtr. 1,60, 140 cm breit . . . Mtr. **130**
- Dimiti-Bettbezug Kopfkissen . . . **5,90 1,90**
- Haustuch-Bettlaken 140/200, kräftige Qualität **290**



Glocke a. Seidenglösch

in schwarz u. braun **675**

- Velour-Hüte moderne Formen und Farben **975**
- Filz Hüte aus kleids. Form. beige, grau, schwarz 8,75, 7,75 **675**
- Leder-Schlüpferschuhe mit warmem Futter, in vielen Farben **285**

Im 1. Stock!

Neuartig! Beachtenwert!

Adepe

(Abteilung der Einheitspreise) nach amerikanischem Selbstbedienungs-system ist eröffnet!

Nur 2 Preise:

25 Pf. und **50 Pf.**

Eine Fülle praktischer, verlockend billiger Geschenk- und Gebrauchsartikel.

Frauenhut

mit Stangenreiter in schwarz **875**



- Kinder-Mützchen a. gerippt. Samt m. Gummistreif L. versch. Farb. **275**
- Pilsch-Südwester schwarz, Ia Qualität **475 375**
- Herren-Lack-Schnürschuh, prima Qualität, moderne Form **1250**

Trikotwaren

- Damen-Schluphöschen Baumw., vorzügl. Qual., viele Farb. **95 Pf.**
- Damen-Schluphöschen Kunstseide, gr. Farbenwahl, alle Größ. **145**
- Damen-Schluphose extr. schwere, alle Größen, nur marine **125**
- Norm.-Hemden wollgemischt **195**
- Normal-Hosen wollgemischt **145**
- Trikot-Oberhemd weiß gebleicht, vorzügl. Qual. **195**



Imit. Kamelhaar-Niedertret. verschiedene Muster . . . **95 Pf.**

H. Joseph & Co.

NEUKÖLLNER BERLINER STR. 51-55



Damen-R. Chev.-Pumps mit Lackstreifen, elegantes Modell **7.50**

Verminderung der Hauszinssteuerstundungen.

Aber keine Zwangsbeitreibung.

Vom laufenden Oktober ab müssen sämtliche Mieter, denen bisher der auf ihre Wohnung entfallende Hauszinssteueranteil gestundet worden ist und noch weiter gestundet werden soll, eine neue amtliche Bescheinigung über ihre ungünstige Wirtschaftslage oder eine eigene Erklärung, zu der das Formular bei der Steuerkasse erhältlich ist, ihrem Hausbesitzer oder Hausverwalter schleunigst vorlegen. Die Stundung kann für solche Nutzungsberechtigten, die eine Rente beziehen, z. B. Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte, Kriegerhinterbliebene, bis zu einem halben Jahr gewährt werden. In anderen Fällen soll dagegen die Stundung im allgemeinen nur von Monat zu Monat genehmigt werden, da die nachträgliche Einforderung von Steuerbeträgen schwierig, meist sogar unmöglich sein würde. Wenn anzunehmen ist, daß die Ursachen für die Stundung mindestens ein Vierteljahr lang bestehen bleiben werden, so ist die Stundung für mehr als einen Monat, höchstens jedoch für drei Monate, bewilligt werden. Wo die Stundung nur für einen Monat genehmigt wird, muß also der formularmäßige Antrag allmonatlich erneuert werden. Das Wichtigste für solche Mieter ist aber jetzt die Verpflichtung zur genauen Angabe des eigenen Einkommens und aller im Haushalt lebenden Familienangehörigen. Ein Ehepaar oder eine Einzelperson darf, um Stundung zu erlangen, nur höchstens 100 M. monatlich oder 23,08 M. wöchentlich Einkommen haben. Ein Ehepaar (auch Einzelpersonen) mit einem Familienangehörigen monatlich 108,33 M., wöchentlich 25 M.; mit zwei Angehörigen 116,66 M. bzw. 26,92 M.; mit drei Angehörigen 125 M. bzw. 28,85 M.; mit vier Angehörigen 133,33 M. bzw. 30,77 M. usw. Auch für Rentenempfänger muß die Höhe der Rente bescheinigt und beim Untermieten von Wohnräumen die Höhe der Untermiete angegeben werden. Bisher fand eine Kontrolle über den Verdienst der Familienangehörigen und über Nebeneinkünfte in der Regel nicht statt. Es werden demnach nunmehr eine große Anzahl von Mietern mit Hauszinssteuer-

stundungen ausfallen. Die angegebenen Grenzbeträge müssen allerdings als zu eng gezogen bezeichnet werden. Wenn beispielsweise ein Ehepaar von 105 M. Einnahme allein 50 M. volle Rente zahlen muß, ist der verbleibende Rest für den Lebensunterhalt nicht ausreichend.

Auch in einer Sitzung des Steuerausschusses der Stadtverordnetenversammlung wurde über einen Antrag verhandelt, den Magistrat zu ersuchen, die Aufhebung der bisher bewilligten Hauszinssteuerstundungen rückgängig zu machen. Der Vertreter des Magistrats trug die Gründe vor, welche zu dieser Maßnahme geführt haben. Der Magistratsvertreter wies besonders darauf hin, daß weder durch die ministeriellen Ausführungsbestimmungen noch durch die entsprechenden Maßnahmen des Magistrats irgendwelche Verschlechterungen für solche Mieter herbeigeführt worden seien, denen bisher Stundung bewilligt war. Wenn für diese Mieter die Entwürfe im Oktober wiederholt werden, so kann der Hauseigentümer die abzuführende Steuer in dem Umfange der bisherigen Stundungen vorläufig kürzen. Eine Zwangsbeitreibung wegen solcher Beträge erfolgt, wenn Stundungsanträge vorliegen, nicht, selbst wenn sich die Entscheidung über die Anträge wegen ihrer großen Zahl verzögern sollte. Es war also ein Irrtum, wenn gelegentlich die Auffassung vertreten wurde, daß die Mieter, für die bisher die Stundung bewilligt worden war, vom 1. Oktober ab die volle Rente zahlen müßten. Würde der Hauseigentümer einen begründeten Stundungsantrag nicht stellen und von seinem Mieter die Zahlung der vollen Rente verlangen, so könnte ihm der Mieter immer den begründeten Einwand unter Bezugnahme auf das Hauszinssteuergesetz entgegensetzen. Praktisch bleibt also, soweit sich die Verhältnisse des Mieters nicht geändert haben, alles beim alten, nur daß die Anträge wiederholt werden müssen.

zum Buschflug durchlaufen zu lassen. Vielleicht veranlaßt die Verkehrsdeputation beim Magistrat die „Abdang“, eine Omnibuslinie bis zur Siedlung einzurichten. Eile tut not, und Abhilfe ist dringend geboten.

Die Familientragödie in der Meher Straße. Zu der klutigen Familientragödie in der Meher Straße, über die wir heute früh berichteten, ist noch nachzutragen, daß der Klempnermeister Arturo Leuschner gestern abend im Krankenhaus Friedrichshain seinen Verletzungen erlegen ist. Beudner hatte sich nach dem Nord an seiner Frau zwei Nagen in den Kopf geschossen, die aber nicht tödlich waren; er versuchte sich darauf den Hals durchzuschneiden, wurde aber durch hinzukommende Hausbewohner gestört. Der Schnitt, den er sich beigebracht hatte, war aber so schwer, daß infolge der Doppelverletzung von Kopf und Hals jede Rettung ausichtslos war.

Der Männerchor Friedenau-Steglich (D. V. S. B.) hält Sonntag, 17. Okt., im Reform-Konzertsaal, Friedenau, Kommt- u. Ode-Schwalbacher Str., sein diesjähriges Herbstkonzert ab. Anfang 7 Uhr.

Gewaltiges Buschfeuer in Australien. Die Stadt Brisbane vom Feuer umzingelt.

Wie aus Sydney gemeldet wird, wütet an der Küste von Queensland ein verheerendes Buschfeuer, wie es bisher noch nicht aufgetreten ist. Es hat bereits eine Ausdehnung von 160 Kilometer Länge und 15 Kilometer Breite angenommen. Ein starker Wind und die außerordentliche Trockenheit des Herbstes begünstigen das schnelle Umsichgreifen des Brandes. Es sind bereits einige Dörfer niedergebrannt. Alle Telegraphen- und Fernsprechverbindungen sind unterbrochen, so daß nähere Nachrichten noch nicht vorliegen. Man befürchtet aber, daß die Brände weit größere Ausdehnung haben, als man annimmt. Nach Meldungen aus Brisbane brennen bereits alle Grasflächen in der Umgebung der Stadt, so daß diese von dem Verkehr mit der Außenwelt abgeschlossen ist. In verschiedenen Gegenden hat sich das Feuer bereits auch auf große Waldgebiete erstreckt, wodurch in vielen Ortschaften wegen des starken Rauches und der Hitze die Straßen nicht mehr zu passieren sind.

Verhaftung eines Generalkonsuls in Dresden.

Gestern ist der sächsische Großindustrielle und Generalkonsul Dr. Wilhelm Kaufmann in Dresden unter der Beschuldigung des betrügerischen Konkursvergehens in seiner Wohnung verhaftet worden. Durch den Zusammenbruch des Textilkonzerns, dem der Generalkonsul vorstand, ist eine ganze Reihe von Textilunternehmungen schwer geschädigt worden, doch war es bisher nicht feststehend, daß Kaufmann irgend welche strafbaren Handlungen begangen hat. Zu dem Konzern gehören eine Anzahl der größten Textilunternehmungen, die sich besonders während der Inflationszeit unter Führung Dr. Kaufmanns zusammenschlossen. Im Jahre 1922 wurde die Wilhelm Kaufmann- und Export-Aktiengesellschaft gegründet, die auch eine Filiale in Buenos Aires errichtete. Nach dem Bekanntwerden der Schwierigkeiten kam es zur Geschäftsaufsicht und schließlich im März dieses Jahres zum Konkurs. Wie wir erfahren, soll die Verhaftung des Genannten auf die Anzeige eines früheren Buchhalters zurückzuführen sein, der von einer Reihe von Gläubigern dazu veranlaßt worden ist. Er hat dem Treuhänder und der Konkursverwaltung seinerzeit davon Mitteilung gemacht, daß er dem Buchhalter, um vor ihm Ruhe zu haben, eine Anzahl Aktien übergeben habe. Gegen den Buchhalter schwebt gegenwärtig ein Prozeß wegen der Herausgabe dieser Aktien; es hat sich nämlich herausgestellt, daß verschiedene Daten über die Uebertragung der Wertpapiere gemacht worden sind.

Swinemünde-Pillau im Sturm.

Bei dem schweren Sturm der letzten Tage hat sich das Motorschnellschiff „Preußen“ auf der Fahrt Swinemünde-Neufahrwasser-Pillau und zurück in schwerstem Seegang wieder ausgezeichnet bewährt. Während andere bekannte Schiffe in ähnlichen Fahrtrichtungen bis zu 24 Stunden Verspätung erlitten, hat die „Preußen“ Swinemünde bei der Westwärtsfahrt trotz heftigen Gegenwindes und -stromes mit nur 30 Minuten Verspätung erreicht, und auch dieses nur, weil die Fahrgeschwindigkeit zur Erzielung ruhigen Ganges bewußt ermäßigt worden war. Des schwachen Herbstpersonenverkehrs wegen ist die Verbindung am 12. Oktober eingestellt worden und wird erst für den Weihnachtverkehr am 11. Dezember bis 11. Januar unter besonderen Vergünstigungen für den Fernverkehr wieder aufgenommen.

Der „große Condé“ gestohlen.

Dienstag morgen ist im Schlosse Condé in Chantilly, wie uns aus Paris gemeldet wird, der Diebstahl des berühmten „roten Brillanten“ des großen Condé entdeckt worden. Der Stein wurde vor dem Kriege mit 10 Millionen Goldfranken geschätzt; augenblicklich müßte sein Wert 7 bis 8 mal mehr betragen. Die aus Paris herbeigeleitete Kriminalpolizei konnte nur so viel feststellen, daß die Diebe per Auto aus Chantilly gekommen sein müssen, und sich mit einer Leiter in das Schloß Eintritt verschafft haben müssen. Der Turm, in dem sich das Museum befindet, ist von allen Seiten von einem Wassergraben umgeben. Außer dem Brillanten ist noch eine Anzahl anderer wertvoller Gegenstände gestohlen worden, u. a. ein Brillantenkreuz der Ehrenlegion, das Napoleon einem Marschall überreicht hat, eine Bonbonnière Ludwigs XV. und dergleichen mehr. Man nimmt an, daß es sich um eine internationale Diebesbande handeln müsse, deren Agenturen in der ganzen Welt verstreut sind, und daß die Brillanten sich bereits unterwegs nach Amerika befinden. Der Fall hat in Paris äußerstes Aufsehen erregt, um so mehr, als die Diebe unbemerkt längere Zeit zur Ausübung dieses Diebstahls gebraucht haben müssen.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postausgabe bei.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 1. Kreis Mitte. Samabend, den 16. Oktober, treffen sich alle Genossinnen und Genossen zum Vorbereitungsmittags 4 Uhr, auf dem Ardenaplatz. Symphonieabend wird herzlich eingeladen.
2. Abt. Genossen, achtet auf die Kette des 27. Oktober betreffend Vorbereitung am Sonntag, den 17. Oktober. Vorbereitung und Unterstützung erwünscht.
3. Abt. Westfälischer, welche das Material noch nicht abgeholt haben, werden ersucht, dasselbe sofort heute Abend vom Genossen Fränzel, Rosenstr. 33 abzuholen.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin, Abt. Kreuzberg. Der Elternabend heute Abend findet nicht statt. Wir treffen uns im Heim Rühlstraße; jagt ihr Bekanntheit.

Geschäftliche Mitteilungen.

Verkaufen Sie nicht die Serien-Lose des Warenhauses Wilhelm Stein zu teils. Sie der geringen Kaufkraft des Publikums soll durch, dringt genannte Firma labelhaft billige Angebote in Berlin zu 95 Pf. 1,95, 2,95, 3,95 Pf. in allen Abteilungen des Hauses. Insbesondere sehen wir Mittel für den Winterbedarf wie: Wollstoffe, Strümpfe, Handschuhe, Kleiderstoffe und Konfektion in gebrauchten Qualitäten zu jenseitigen billigen Preisen, die der geringen Kaufkraft des Publikums entspricht. Wir bitten auch Sie, beachten Sie das Warenhaus Wilhelm Stein in der Chausseest. 70/71 und auch Sie werden überzeugt sein.

Die Verkehrsdisziplin.

Eindrücke über das amerikanische Verkehrsweesen.

Der Berliner Stadtbaurat Dr. Adler ist von seiner Amerika-reise zurückgekehrt und hat sein Wissen auf all den Gebieten berichtet, in denen das New Yorker Verkehrsweesen führend dasteht. Er sprach seine Meinung dahin aus, daß vor allen Dingen die Verkehrsdisziplin des New Yorker Publikums — geknüpft an langer Erfahrung — größer ist als die der Berliner. Eine Tatsache, die den unterrichteten Kreisen der Berliner Verkehrs-fachleute nicht ganz unbekannt ist. Ausschlaggebend ist jedoch in Amerika nicht allein die Wahl des Regelungs-systems, sondern es komme vor allem auch auf die Disziplin des Fuß-gängerpublikums an. In Amerika sei es geradezu un-möglich, daß, wenn das Signal freie Fahrt für den Wagen-verkehr anzeige, auch nur ein Passant versuchen werde, den Damm zu überqueren. Durch diese gute Erziehung des Publikums werde die Fahrtsicherheit wesentlich erhöht, und gleich-zeitig bestehe für den Automobilisten die Möglichkeit, mit größerer Geschwindigkeit sofort bei Erscheinen des grünen Lichtes anzufahren. Beim Spezialstudium der New Yorker Verhältnisse hat Stadtbaurat Dr. Adler festgestellt, daß die Kraftwagen z. B. auf der 5. Avenue ohne Aufenthalt oft mehr als 15 Kreuzungen ohne zu stoppen passieren können. Wenn in Berlin geklagt werde, daß die Signalgebung den Verkehr eher aufhalte als beschleunige, so liegt das daran, daß man sich erst an dieses System ge-wöhnen müsse, und an der schon erwähnten Disziplinlosigkeit des Publikums. Grundtätiglich erscheint die Regelung der Verkehrs, wie sie in Berlin erfolgt, richtig, wenn auch an einzelnen Stellen noch Verbesserungen notwendig seien. Es sei übrigens bei dem Vergleich mit den amerikanischen Verhältnissen die irige Anschau-ung verbreitet, daß man dort in den Großstädten keinerlei Pferde-fuhrwerk mehr finde. Dies ist zwar für den Personenverkehr allgemein der Fall; für den Lastenverkehr auf nahe Ent-fernungen bis zu etwa 3 Kilometer wird aber das Pferd insoweit seiner hierbei größeren Wirtschaftlichkeit noch relativ viel heran-gezogen, nicht zuletzt auch zum Transport der Zeitungen.

Stadtbaurat Dr. Adler gab seiner Befriedigung Ausdruck, daß die von der Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbände ins Leben gerufene German Railroads Information Office in New York ihn in seiner Arbeit sehr unterstützt habe, und daß auch der Geschäftsträger der Deutschen Botschaft in Washington ihm erkläre, von welsch großer Bedeutung dieses im Brenn-punkt des New Yorker Verkehrs liegende Bureau für die Deutsch-landwerbung sei. Die Arbeit der German Railroads Information Office werde auch von den deutschen Konsularbehörden als eine schätzenswerte Hilfe angesehen, die in New York mehr und mehr bekannt wird und sich allgemeinen Zuspruchs auch von Amerikanern zu erfreuen hat. Man empfinde in den deutsch-amerikanischen Kreisen die Werbearbeit, die hier für die Propagierung des deut-schen Gedankens geleistet werde, als außerordentlich wertvoll.

Leerstehende Räume — Wohnungsmangel.

Im Hause Neue Winterfeldstraße 14 befand sich bis zum 15. Juni dieses Jahres das Postamt B. 30, das in der letzten Zeit Räume in der Geisbergstraße 7-9 bezogen hat. Durch den Fortzug wurden nun verschiedene Räumlichkeiten im Vorder- und Hinterhause, sowie in den Seitensflügeln des Hauses leer, die — bis auf einige im Vorderhaus liegende Zimmer — heute noch unermietet und unbe-wohnt daliegen. Der Mietvertrag der Post mit dem Hauswirt läuft bis 1929 und der Mieter hat bis dahin eine Jahresmiete von 35.000 M. zu entrichten. Dieser recht ansehnliche Betrag entbehrt den Hausbesitzern naturgemäß der Sorge, sich für die sonstige Verwendbarkeit der Räume zu interessieren. Aus den leerstehenden Räumlichkeiten lassen sich etwa 10 Wohnungen herstellen, eine Tatsache, die in unserer Zeit der übergroßen Wohnungsnot immerhin etwas zu bedeuten hat. Die Post wäre natürlich gerne durch Vermietung der Zahlung für die Räumlichkeiten entbunden, trachtet aber, die Räume möglichst ungeteilt abzugeben. Vielleicht wäre es möglich, durch einen städtischen Baukostenzuschuß eine Teilung in Wohnungen vorzunehmen oder auf irgendeine andere Weise die Räume ihrer eigentlichen Bestimmung zuzuführen. Genügend Mieter, die heute in kümmerlichen Notwohnungen hausen, warten darauf.

Lehrerschaft und Sozialdemokratie.

Unter dieser Parole veranstaltet die Arbeitsgemein-schaft sozialdemokratischer Lehrer und Leh-rerinnen in Verbindung mit dem Bezirksverband Berlin unserer Partei am kommenden Dienstag im Lehrervereinshaus eine große Kundgebung im Rahmen der sozialdemokratischen Werbeweche. Berufsmäßig Vertreter moderner Kulturpolitik überhaupt werden sprechen: Löwenstein, durch seinen Schulaufbau in Neudölln weit über unsere Kreise hinaus anerkannt, als Reichstagsabgeord-eter bester Kenner aller Fragen, die sich auf die Reichsschulgesetzgebung beziehen, und König, als Schulrat im Berliner Pro-vinzialschulkollegium und Vorstandsmittglied unserer Landtagsfrac-tion. Daneben wird Karzen die starken Mängel der Lehrer-

bildung beleuchten. Die Sozialdemokratische Partei mag vorüber-gehend mal um der Erhaltung des Staates willen Zugeständnisse machen, aber auf die Dauer wird sie an ihrer Forderung nach einem einheitlichen Lehrerstand als einer Vorbedingung der Einheitschule nicht rütteln lassen.

Einführung des neuen Polizeipräsidenten.

Nach der Berufung des bisherigen Polizeipräsidenten von Berlin, Genossen Erzgenst, zum Minister des Innern, ist heute vormittag der neue Leiter des Berliner Polizeipräsidentiums, Genosse Jörgiesel, in sein Amt eingeführt worden. Er hatte sich Anfang dieser Woche im Kölner Polizeipräsidentium, dem er bisher vorstand, von seinen Beamten verabschiedet und traf heute vormittag in Berlin ein. Die leitenden Beamten unter Führung des Vizepräsi-denten Dr. Friedensburg hatten sich bei seiner Amtsübernahme versammelt. Nach den Begrüßungsansprachen erfolgte die Vor-stellung der Ressortchefs und der Leiter der einzelnen Abteilungen.

14 000 Berliner in 19 Sonderzügen.

Die Reichsbahndirektion Berlin hat in diesem Jahre bisher an 17 Sonntagen 19 Fahrten mit Sonntagsonderzügen veranstaltet, gegenüber 14 Fahrten im vorigen Jahr an 12 Sonntagen. Insgesamt haben bis jetzt 14 000 Berliner die von der Eisenbahnverwaltung gebotene Gelegenheit benutzt, in diesen billigen Sonderzügen interessante und sehenswerte Gebiete Deutsch-lands kennenzulernen. Daß diese Züge sich einer gesteigerten Be-liebtheit erfreuen, zeigt die Zunahme von 2000 Reisenden gegenüber dem Vorjahre. Als Reiseziele waren in diesem Jahre insbesondere die Ostsee, das Riesengebirge, Hamburg und der Harz gewählt. Sofern die Witterung sich im Herbst noch weiter günstig gestaltet, sind weitere Sonderfahrten, und zwar am 10. Oktober nach dem Kyffhäusergebirge und am 17. Oktober nach Hamburg in Aussicht genommen. Neben einem farbigen Plakat mit dem Bilde des Kyffhäuserdenkmals, das an den Berliner Bahn-höfen angehängt ist, wird die Reichsbahndirektion jetzt durch ein Faltblatt, das eine genaue Tageseinteilung für den Ausflug nach dem Kyffhäuser, eine Uebersichtskarte des Gebietes und wert-volle Angaben über das Denkmal und die Heimkehr, die größte Höhe Deutschlands, enthält.

Opfer des Zirkuslebens.

Genau vier Wochen gab der Zirkus Krone seine Gastvor-stellungen in Berlin. So lange hat im Jahre 1926 dieser Zirkus in keiner Stadt gewelt. Die schlechte wirtschaftliche Lage zwingt eben zu kurzen Gastspielen. Aber in Berlin ist das Unternehmen von weit über 200 000 Menschen besucht worden, obwohl der Norden unserer Stadt für das Zirkusgeschäft weit günstiger ist als der Westen. Freude an der Artistenarbeit und den Tieren findet man ja vor allem bei sogenannten „kleinen Leuten“. Der Verkauf aller Vor-stellungen war glatt, doch ereignete sich in dem Monat hinter den Kulissen, wie das bei einem solchen großen Unternehmen auch nicht anders sein kann, allerlei. So starb der Exzentrikmeister an einer verschleppten Erkältungskrankheit in Potsdam. Der Flügel des Zirkus, der in Fastreisen wegen seines Wagemutes bekannt war, nahm in Sagan, zwar nicht zu Reklamezwecken, an einem Schau-spielen teil. Ihn, der nur mit dem Apparat kam, weil die Veran-staltung zu schwach besetzt war, ereilte dort sein Geschick. Er stürzte ab und nachdem ihm beide Beine amputiert waren, starb er. Das gleiche Los des tödlichen Unglücksfalls erwartete einen Wärter, der zu einem Onu hineinging. Er war schon des öfteren bei seinem Schutze-gebotenen im Koffwagen gewesen, am Unglücksstage jedoch nahm ihn das Tier auf die Hörner, drückte ihn an die Wand, und verletzte ihn derart, daß er an seinen Wunden starb. Das sind so die „kleinen Tragödien“ des Alltags, von denen kaum einer etwas gewahrt wird, weil man von ihnen nicht gerne spricht.

Die 47 und 147!

Von Bewohnern der Großsiedlung Briz wird uns ge-schrieben: Die Betriebsdirektion der Berliner Straßenbahn-Gesell-schaft hält sich in Stillschweigen, trotzdem sie wegen der unhalbbaren Zustände auf der Linie 47 und 147 bereits mehrfach angegriffen wurde. Laut Fahrplan ist ein zehnminutenverkehr vor-gesehen, dergestalt, daß die Wagen der 47 und 147 sich in Fahrinter-vallen ergänzen. Seitdem wir von der Großsiedlung Briz gezwungen sind, das einzige Verkehrsmittel nach der Stadt, das ist die Straßen-bahn, zu benutzen, herrscht in den Wagen, speziell morgens an den Hochzeiten, eine beängstigende Hölle. Nicht nur daß ein großer Teil der Fahrgäste den ganzen langen Weg stehen muß, durch die Ueberfüllung der Wagen werden die Kleidungsstücke auch ruiniert. Die sogenannten E-Wagen nach dem Dönhofsplatz erfüllen nicht ihren Zweck. Mit jedem Tag wird das Gedränge fürchterlicher, und wenn die Siedlung in absehbarer Zeit mit etwa 15 000 Menschen besiedelt ist, kann man sich vorstellen, wie der Verkehr sich abwickeln wird. Wir verlangen eine solche Fahrgelegenheit nach der Stadt, die eine menschenwürdige Beförderung gewährleistet und keine Heringstonnen. Wir halten es für eine Pflicht, die Behörden auf die Missetände, wie sie jetzt herrschen, aufmerksam zu machen, nach-dem die Straßenbahn sich nicht dazu entschließen kann, die 48 bis

95 WOCHE

Wir bringen in dieser Veranstaltung Waren aller Art, die derart billig sind, dass

jeder Artikel ein Schlager ist.

- 1 Jumper Kimonoform, aus soliden Baruchentstoffen 95 Pf.
- 1 Kittel in verschied. Ansführ. aus solid. Baruchentstoff 95 Pf.
- 1 Spiel-Anzug für Knaben, a. solid. Stoff 95 Pf.
- 1 Paar Baby-Stiefel in Stoff od. Leder für Damen, mit Linoleumsohle 95 Pf.
- 1 Paar Pantoffel für Damen, mit Linoleumsohle 95 Pf.
- 1 Paar Hausschuhe für Damen, Cordelst. 95 Pf.
- 1 Paar Herren-Pantoffel mit Linoleumsohle 95 Pf.
- 1 Paar Schuhspanner für Damen od. Herren u. 1 Paarstich, zusammen 95 Pf.
- 1 Plüsch-Flauschcappe oder m. Pompon, f. Mädchen, in mod. Farben 95 Pf.
- 10 Meter Wäscheband weisse, hellblau, flieder, 1/4 cm breit 95 Pf.
- 1 Bindekragen elegant, dopp. Volle, mit breiter Spachtelkante 95 Pf.
- 1 Kleiderweste elegant, in modernen Farben, reich mit Spitze garniert 95 Pf.
- 6 Meter Klöppelspize, aus Baumwolle, versch. Muster, ca. 9 cm br. 95 Pf.
- 4,60 Mtr. Wäsche-Stickerei ca. 5 cm breit, in guter Ausführung 95 Pf.
- 6 Taschentücher f. Herren, weisse Linen, mit bunter Kante 95 Pf.
- 6 Taschentücher m. Stick, f. Damen 95 Pf.
- 1 Paar Scheibengardinen mit Messingstangen, Haken u. Ringen 95 Pf.
- 3 Meter Etamin gute Qualität 95 Pf.
- 1 Halbstore aus Stamin, mit reichen Einlagen 95 Pf.
- 1 Gürtelhalter prima Dreil. 4teilig 95 Pf.
- 1 Einkaufsnetz aus starker Seide 95 Pf.

2 Mtr. Hemdentuch ca. 90 cm breit zusammen	95 Pfennig	1 Küchen handtuch rein Leinen, ca. 45x100 cm Stück	95 Pfennig
2 Meter Zephir für Sportheiden zusammen	95 Pfennig	1 Schlafdecke einfarbig, grau Stück	95 Pfennig
1 Meter Kretonne grosse Blumenmuster Meter	95 Pfennig	1 Meter Musselin reine Wolle, bedr., aparte Muster, Mtr.	95 Pfennig
1 Mtr. Schürzenstoff gestreift, ca. 120 cm breit Meter	95 Pfennig	1 Meter Schotten doppeltbreit, gute Qualität Meter	95 Pfennig
6 Staubtücher kariert, weiche Qualität, zusammen	95 Pfennig	1 Meter Duvetin für Hülle, viele Farben Meter	95 Pfennig
1 Rolltuch gestreift Stück	95 Pfennig	1 Meter Satin gute Qual., in modernen Farben, Mtr.	95 Pfennig

- 1 Paar Hosenträg. kräftig, Gummibündel, mit Leder 95 Pf.
- 1 eleg. Binder mod. Muster 95 Pf.
- 4 weiche Kragen Rips od. Perka l. 4fach 95 Pf.
- 1 Sportmütze englischer Gezeichnet 95 Pf.
- 1 Oberhemd-Ersatz Perkal-Vorhemd mit lossem Kragen 95 Pf.
- 1 Herren-Schal Kunstseide 95 Pf.
- 3 Stehumlegekrag. Mako 4fach 95 Pf.
- 1 Küchenhandtuch vorgezeichnet 95 Pf.
- 1 Küchentischdecke vorgezeichnet 95 Pf.
- 1 Klammerschürze vorgezeichnet 95 Pf.
- 1 Kissenbezug gestickt, fertig genäht 95 Pf.
- 1 Nähkorb mit Stoff, extra gross 95 Pf.
- 1 Besuchstasche f. Damen od. Kinder, in Leder 95 Pf.
- 1 Zigarrenkasten weisse, fern 95 Pf.
- 1 Silberkollier mit buntem Anhänger 95 Pf.
- 1 Taschenlampe komplett 95 Pf.
- 1 mod. Steinkette in Seidenmasse 95 Pf.
- 1 Perlenkette unzerbrechlich, m. Silberverschluss 95 Pf.
- 1 Körbchen stark verfilbert 95 Pf.
- 1 Kassette farbigen Briefpapier Herrenformat 95 Pf.
- 3 Rollen Toilette- u. 2 Rollen Butterbrot-Papier 95 Pf.
- 2 Läufer und 25 Mundtücher bunt 95 Pf.
- 200 Mundtücher weisse 95 Pf.
- 1 Pfd. Konfekt pa. Spezialmischung 95 Pf.
- 1 Pfd. Teegebäck 95 Pf.

6 Bierbecher geschliffen zusammen **95 Pfennig**

6 Likörgläser geschliffen zusammen **95 Pfennig**

1 Vase geschliffen, 1/2 Zoll Stück **95 Pfennig**

1 Butterglocke und 1 Käseglocke, gepresst zusammen **95 Pfennig**

1 Keksdose geschliffen Stück **95 Pfennig**

1 Mokkaservice mit Streublumen, 4tl., Porzellan Stück **95 Pfennig**

2 Obstteller mit Früchtedekor, Porzellan, zusammen **95 Pfennig**

6 Abendbrotteller und **6 Kompotteller** weisse Porzellan, mit Fehlern, usw. **95 Pfennig**

1 Satz Salatieren weisse Steingut, 6 teilig, Satz **95 Pfennig**

8 Speiseteller weisse Steingut, zusammen **95 Pfennig**

1 Wäscheleine 20 Meter Länge **95 Pf.**

1 Stubenbesen schwarz **95 Pf.**

Eau de Cologne grosse Flasche **95 Pf.**

1 Mundglas, 1 Paste, 1 Zahnbürste usw. **95 Pf.**

1 Pressglas-Zerstäuber hübsche Muster **95 Pf.**

1 doppelseitiger Rasierspiegel **95 Pf.**

5 Pak. Solmiak - Terpenin-Seifenpulver usw. **95 Pf.**

6 Riegel Prima Kernseife **95 Pf.**

1 Toilettenhalter und 2 Rollen Toilettenpapier ... **95 Pf.**

1 Fensterleder **95 Pf.**

1 Schmortopf Emaille, weiss/weiss, 22 cm Durchmesser, Stück **95 Pfennig**

1 Wassereimer verzinkt, 26 cm Durchmesser, Stück **95 Pfennig**

1 Emaille-Nachtgeschirr und **1 Kehrschaufel** Emaille, zusammen **95 Pfennig**

1 Quirigarnitur komplett, mit Nudelrolle Garnitur **95 Pfennig**

1 Holztablett mit Wachstuchelnlage, Stück **95 Pfennig**

1 Emaille-Sand-Seife-Konsole kompl. **95 Pfennig**

4 Alpaka-Teelöffel zusammen **95 Pfennig**

1 Gaskocher Stück **95 Pfennig**

1 Küchenlampe komplett, mit farbiger Vase, Stück **95 Pfennig**

1 Kohleneimer lackiert, 26 cm Durchmesser, Stück **95 Pfennig**

HERMANN TIETZ FRANKFURTER ALLEE

Meine Praxis und Privatwohnung befinden sich jetzt zusammen
Gafenhöhe 119
 (Untergrund-Bahnhof Hermannplatz)
 Geschäfts-Nr. 11-12, 4-7, Tel. Gafenhöhe 6973
Dr. med. Gaetke, Arzt
 (früher Hebam-Krankenhaus).

DiN

 Juergens
 Alexanderplatz

Ischias
 in Hdt., Gest. und Bein, wenn sehr festgelegt, in 10 Tagen sind schwere Fälle beseitigt werden. Unentgeltliche Bestätigung und Befragung. Arzt, empfehlend, Waldstrasse 105, 9-11, 1-4, Sonntag 10-12, Januar

Besonders wirksam sind die Kleinen Anzeigen in der Gesamt-Ausgabe billig!
 das Vorwärts und trotzdem

Blumenspenden
 jeder Wert liefert preiswert
Paul Golletz, born. Robert Bayer, Mariannenstr. 3, Ecke Raungrabenstr. Amt Strichl. 10000.

Tapeeten 25, 30, 35 Pfg. Riesenauswahl.
 herrliche Muster, Linoleum u. Wachstuche, Cocosmatten nur bester Qualität in großer Auswahl.
R. Lode, Artilleriestraße 36a, Ecke Elsässer Straße
 Vorzeiger erhält 5 Prozent Rabatt.

J. Baer, Berlin N20
 Badstraße 26, Ecke Prinzenallee
Neuheiten
 für **Herbst und Winter**
 in **Herren- u. Knabenmoden**
 Fertig und nach Maß 
Sport- und Berufskleidung
 Trotz billiger Preise nur Qualitätsware

MÖBEL-KLUGE
 Sonderangebot:
Schlafzimmer
 in Eiche
 von Mark 420.- an.
Einzelmöbel
 jeder Art in großer Auswahl zu enorm billigen Preisen
 Teilzahlung gestattet
 1. Geschäft: Kommandantenstr. 51
 2. Geschäft: Wilmsdorfer Str. 19

Heute frische, junge **Gänse** 1.10, 1.25 allererste Qualität.
Wegner, Berlin 50, Mariannenstraße 34.

 Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken gegen Nachzahlung gesetzl. gesch. fertigt seit 45 Jahr. als Spezialität
Conrad Müller
 Schkeuditz-Leipzig

Die größte Sensation
 des Nordens sind **unsere Preise!**
 Wir fabrizieren selbst:

Fantasie-Mäntel	4.50
Velours de laine-Mäntel in vielen reizenden Formen	29.00
Velours de laine-Mäntel mit reichem Pelzbesatz	48.00
Biberette-Plüsch-Mäntel	35.00
Kinder-Mäntel (Länge 90 cm)	3.90
Rips-Kleider	16.00
Crêpe de chine-Kleider	19.00

Eleganter Mantel pelzartig geschmückt nur **24.-**
 Neu aufgenommen: **Strümpfe, Trikotagen**
 weisse Plüsch-Mantel nur **49.-**

Oskar Wollburg
 BERLIN N+BRUNNENSTR. 56 u. 57

Küchen
 jetzt bedeutend billiger

Erika-Küchen	40 K.	70 K.
Auricht-Küchen	70 K.	110 K.
Auricht-Küchen	95 K.	145 K.
Auricht-Küchen	125 K.	175 K.
Küchenschränke, roh, 90 cm	35 K.	
emailiert	50 K.	

Ausstellung feiner Rheinischer Küchen.
Küchenmöbel-Baus
Laserstein, Luckauer Straße 1
 Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz

Krause-Pianos
 zur Miete
 W70, Ansbacherstr. 1
Gartenparzellen
 baut, teils groß
 Str. 300 Ans, Rotenohl, Helt 6 Pros. u. West West Katho, Biesdorfer-Str., Straße 15, Ecke Straße 21.

Betten

Deckbetten	12.-	24.-	41.-	55.-
Unterbetten	10.-	18.-	32.-	43.-
Kopfkissen	4.-	7.-	12.-	19.-
Steppdecken	13.-	18.-	18.-	20.-
Daunendecken	48.-	60.-	80.-	95.-
Metallbetten	15.-	18.-	22.-	27.-
3tlg. Matr. u. Kellk.	15.-	18.-	24.-	28.-

Bettenhaus A. Schonert
 Dranienstraße 12 - Eckhaus Heinrichplatz